

Inhalt

Kolumnen

- 3** Hermann Schulz
Am Niederrhein
- 4** Wolfgang Belitz
Das Hufeisendogma und der Freie Fall

SCHWERPUNKT: R-UHRBANES II

- 5** Andreas Müller
Sehnsucht nach einem freien Leben
Dortmund, 17 Tage im März 1920
- 7** Philipp van Sprang
Das Problem mit Datteln 4:
Datteln 4 ist ein bisschen wie schlechter Sex
- 8** Sebastian Müller / Hartmut Dreier
Klassische Intrige
Planungschef des RVR gefeuert
- 9** Rolf Euler / Helmut Scholtz
Ein exemplarischer Fall
Quartiermanagement in Recklinghausen
- 11** Hartmut Dreier
Ein herabfallender Ast, ein Kahlschlag im
Naturschutzwald und die Folgen
- 12** Viktoria Waltz
Oma, woher kommst Du? Du singst so schön...
Migrantengeschichten, ein Schatz wird gehoben
- 14** Alfred-Jürgen Wolff / Wolfgang Dominik
Netzwerk für Flüchtlinge in Bochum-Laer
- 15** Hartmut Dreier
„Datteln 4 Anfang Februar 2020:
Vorbeugehaft gegen bekennende Klima-Aktive.
Wer ist der/die Nächste?“
- 16** Jürgen Klute
Die Zukunft der Arbeit im Ruhrgebiet (Teil 2)
- 18** Ulrich Grober
Die Schrift an der Wand. Eine Spurensuche.
(zum Gedenken an Manfred Walz)

Menschenorte 43

- 20** Sebastian Müller
Elias-Keller – da ist mehr als Musik drin

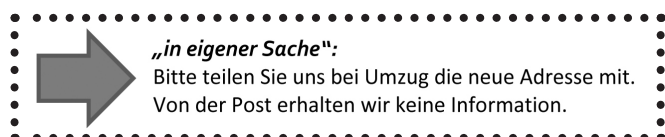
1wurf

- 21** Einhard Schmidt-Kallert
Das Ruhrgebiet ist anders!

Palästina

- 23** Moshe Zuckermann – Interview am 27.01.2020
„Für mich ist jeder Tag ein Holocaust-Gedenktag“

Impressum ...	Seite 2
Abo-Bestellschein ...	Seite 19
Lesetipps ...	Seiten 13, 19, 20, 22
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 22
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24



Editorial

R-u h r b a n i s m u s .
In der zersiedelten Streuagglomeration Metropole Ruhr sind im Lauf der Jahre die Straßen zu Verkehrsrinnsalen verkommen, sind die Gehsteige zu stehendem Verkehr erstarrt, die Fassaden der Häuser, Busse und Bahnen zu Werbezwecken missbraucht und die öffentlichen Plätze exklusiv für Massenevents, Einkaufszentren, Baumärkte und Lagerhallen reserviert worden. Natürlich wurde dadurch viel privates Leben aus dem öffentlichen Raum in den Verdauungsapparat des urbanen Sozialen, das heißt hinter die Mauern der Wohnräume verwiesen. Es wurden die vielen Face to Face geführten Gespräche durch eine Parallelsicht auf Fernsehmonitore ersetzt. Anstatt auf den Spielplatz im Innenhof wurde auf das smarte Tablet im Kinderzimmer hingewiesen. Und aus dem Geplänkel konkreter Nachbarschaft sind abstrakte Statuswettbewerbe erwachsen.

Aber, ein Glück, es schlägt das Pendel zurück! Als erstes ist bereits gelungen, die gemüthlichsten der Städter, die geschwätzigen Raucher, zurück auf die Straße zu zwingen. Auch wird zum Plausch bereits neben manch einer Haustüre am Straßenrand in Privatinitiative eine Sitzgelegenheit für die Alten angeboten. Schon treffen sich manchmal einzelne Frauen beim Einkauf angstfrei im Freien. Und es ist fest damit zu rechnen, dass schon in nur wenigen Generationen die Kinder wieder auf den Straßen spielen werden.

Robert Bosshard

AMOS 2|2020 erscheint Ende Juni mit dem Schwerpunkt „Für Frieden! Gegen Krieg!“

Dieser Ausgabe liegt wieder die **Rechnung** für das laufende Jahr bei. Wir danken allen AbonnentInnen, die bereits gezahlt haben und erinnern gerne an die Möglichkeit, den **AMOS** über die Mitgliedschaft im AMOS-Verein zu beziehen. Infos dazu auf unserer Homepage.

Es grüßt **AMOS**

Impressum

Herausgeber:
AMOS e.V. c/o Rolf Euler
Cäcilienhöhe 32
45657 Recklinghausen
E-Mail: amos-ev@web.de

Redaktionsadresse:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr. 6, 45772 Marl
Tel: 02365-42076
E-Mail: dreier.mar@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: **AMOS** IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg † | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund † | Anna Musinszki, Dortmund | Niklas Rokahr, Hamm | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Robert Bosshard, Sebastian Müller

Endredaktion/Layout: Axel Lippek **AMOS Schriftzug:** Jochen Stankowski
Titelbilder 1983 – 2019: Manfred Walz

Druck: Wodarczak Druck & Medien,
45772 Marl

Einzelpreis: 5,00 €

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier **Abo-Preis:** 20,00 € jährlich inkl. Versand

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „**iley.de**“ (Leipzig).

Hermann Schulz

Am Niederrhein

Völlig überraschend erreichte mich eine Einladung der Mediathek Kamp-Lintfort zu einer Lesung. Man habe von Annemarie Holtkamp erfahren, ich hätte etwas über ‚Schöne Gärten‘ geschrieben, und in diesem Jahr sei ja die Landesgartenschau in Kamp-Lintfort. Ich musste überlegen: Ja, Annemarie Holtkamp war eine Mitschülerin in der Realschule.

Woher wusste sie, dass da ein (unveröffentlichtes) Manuskript über Gärten existierte? Im Leben eines Autors bleibt vieles geheimnisvoll ...

Vor einigen Jahren rief mich Gabriele Uerscheln an, Direktorin der Stiftung Schloss und Park Benrath. Sie habe von der WDR-Journalistin Sabine Jaeger erfahren, ich sei ein Kinderbuchautor, ob wir nicht gemeinsam ein Gartenbuch für Kinder machen sollten. Wir trafen uns, ich schrieb „Saladin findet sein Paradies“, sie war davon sehr angetan und würde für das geplante Buch ihre unveröffentlichten Fotos zur Verfügung stellen. Unsere Suche nach einem Verlag war zunächst vergeblich, nach zwei, drei Absagen gaben wir auf; Kinder würden sich nicht für Gärten interessieren, so das Argument der Verlage. Darüber starb Frau Uerscheln, ich vergaß das Manuskript.

Wegen der Einladung las ich es noch einmal durch und fand es gar nicht so schlecht. Da ich dem Publikum nicht die phantastischen Fotos von Frau Uerscheln zeigen konnte, ließ ich 100 Exemplare des Manuskriptes als Heft drucken, um es zum Selbstkostenpreis dem Publikum anzubieten.

Die Mediathek machte eine fabelhafte Werbung, die Eintrittskarten waren schnell ausverkauft! Das erlebt ein Autor nicht alle Tage ...

Eine halbe Stunde vor Beginn der Lesung näherte ich mich dem Eingang. Da stand ein großer Mann, zwei Frauen an seiner Seite. Er umarmte mich, brach mir fast alle Rippen vor Begeisterung des Wiedersehens. Mir kam sein Gesicht bekannt vor, dann nannte er seinen Namen „Ich bin doch der Horst!“

Sogleich hatte ich ein Erlebnis vor Augen. Wir besuchten in der Volksschule 1947 die gleiche Klasse. Stolz erzählte Horst vor allen Schülern, sein Vater sei gerade aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekommen! Die Lehrerin gratulierte, nun müsste er nicht vaterlos aufwachsen. Da Horst und ich befreundet waren, wollte er mir seinen Vater zeigen. Ich begleitete ihn bis zu ihrem Haus. Während des Wegs plauderte Horst von seinem Vater, der sei ein großer Kerl, sicher stärker und schlauer als so manche andere, und vieles mehr.

Schon von weitem sahen wir einen Mann an der Gartenpforte stehen. „Das ist er!“, sagte Horst, „das ist mein Papa!“ Der Mann sah uns entgegen, mit verschlossenem Gesicht. Wir kamen näher, da schlug der Mann Horst rechts und links ins Gesicht, dass ihm fast der Kopf abflog. „Mach, dass du nach

oben kommst!“, zischte er. Horst ging mit gesenktem Kopf auf die Haustür zu. „Schneller, sonst mach ich dir Beine!“, rief der Mann ihm nach. „Und du? Wer bist du?“ „Schulkamerad“, stammelte ich. „Und dein Vater?“ „Schon lange tot“, sagte ich. „Mach dich vom Acker. Horst kommt heute nicht mehr raus!“

Am nächsten Tag erzählte mir Horst, seine Mutter habe im Schlafzimmer gesessen und geweint. Vermutlich vor Freude, weil ihr Mann wieder da sei.

Ich habe vor der Mediathek Horst nicht auf diese Erinnerung angesprochen, nur vorsichtig gefragt, ob sein Vater noch leben würde. „Der ist schon lange tot, ich habe nie ein gutes Verhältnis mit ihm gehabt.“

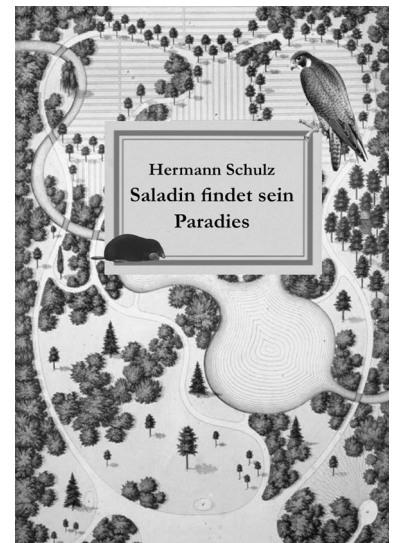
Das war meine erste Erfahrung mit der kaputten bedauernden Generation der Kriegsheimkehrer und ihrer jämmerlichen Versuche, ihre Pflichten als Väter wieder aufzunehmen. Es blieb nicht die einzige.

Während ich meine launige Geschichte vom Falken Kaspar und dem Maulwurf Saladin auf ihrer Reise zu den schönsten Gärten Europas las, ging mir das Erlebnis mit Horst nicht aus dem Kopf. Die Vergangenheit ist vorbei, aber nicht vergangen.

Aber dann war ich erfreut, dass die 100 Exemplare des Sonderdrucks schnell verkauft waren. Die Resonanz auf den Text war überwältigend, es ist ja auch eine poetische und zugleich lehrreiche Geschichte von einer besonderen Freundschaft, die in Schloss Benrath beginnt und in einem Bauerngarten am Niederrhein endet. Die Reaktion des Publikums hat mich ermutigt, doch noch zu versuchen, dafür einen Verlag zu überzeugen, mit Fotos oder Illustrationen.

Der Autor hat weitere Exemplare der Geschichte „Saladin findet sein Paradies“ (54 Seiten) nachdrucken lassen. Wer Interesse hat, möge einen 5 €-Schein und seine Adresse in den Umschlag stecken, damit wäre dann auch die Portoauslage erledigt.

Hermann Schulz, Auf dem Brahm 11, 42281 Wuppertal



Hermann Schulz lebt als Autor von Kinder- und Jugendbüchern in Wuppertal.

Wolfgang Belitz

Das Hufeisendogma und der Freie Fall

Gerne hätte ich etwas Neues, vielleicht sogar etwas Gutes über meine Partei geschrieben, der ich seit 50 Jahren angehöre. Aber ihr freier Fall seit 2002 geht weiter. Viele sagen, dass die SPD nicht mehr zu retten sei. Es gibt wenig Interessierte, die Mutmaßungen anstellen. Die Sozialdemokratie wird nicht mehr gebraucht. Das sozialdemokratische Jahrhundert in Europa ist vorbei, gerade auch, wenn man von Deutschland nach Frankreich, England und auch nach Skandinavien schaut. Man weiß gar nicht, wofür die SPD steht. Sie hat kein Profil und kein Personal. Andere sagen, die Arbeiterpartei findet keine Resonanz mehr, weil die digitale Arbeitswelt anders funktioniert, anders strukturiert und orientiert ist.

Von allen Parteien ist ihr der Neoliberalismus am wenigsten bekommen. Dessen Credo trifft diese Partei mitten ins Herz, vielleicht der Todesstoß. Soweit ich mich erinnere, hat John Rawls in seinem Buch *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (1971) die Behauptung aufgestellt, dass der Sinn für (soziale) Gerechtigkeit zur natürlichen unabänderlichen Ausstattung des menschlichen Wesens gehöre. Demgegenüber verfocht der Papst des Neoliberalismus Friedrich August von Hayek die empirische These, dass der Ausdruck Soziale Gerechtigkeit ein Begriff des Unsinn sei, es handele sich um einen quasireligiösen Aberglauben. Er hat gewonnen, die neoliberale Konterrevolution hat die soziale Gerechtigkeit ausgetrocknet und durch den Markt ersetzt. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass der dritte sozialdemokratische Bundeskanzler so etwas wie der Vollstrecker neoliberaler Werte wurde z.B. durch die Agenda 2010 von 2003ff., die von 80% der Bevölkerung abgelehnt und von der Wirtschaft begrüßt wurde.

Schröder erhielt bei seinem Wahlsieg 1998 41% der Stimmen und wurde Kanzler, 2002 reichten zur Wiederwahl noch 38,5% der Stimmen. Dann kam die Agenda, spaltete die Partei und die SPD kam ins Rutschen: Bundestagswahl 2005=34%; 2009=23% (1. Groko); 2013=26% (nach der CDU/FDP Periode); 2017=21% (nach der 2. Groko), nach der Europawahl 2019=12%.

Die SPD weiß sich nicht zu helfen. Die Kopie der Doppelspitze für den Vorsitz (von den Mitgliedern gewählt) wird wahrscheinlich nicht funktionieren. Es sieht so aus, als sei bei diesen Wahlen trotz der Doppelkandidatur die Wahl der Männer ausschlaggebend gewesen: Das gilt zumindest für das am 06.12.2019 vom Parteitag gewählte Paar Eskens/Walter-Borjans. Obwohl gerade auf diesem Parteitag eine Reihe von weitreichenden Maßnahmen für die Erneuerung des Sozialstaates und der Klimapolitik beschlossen wurde, gab es für die SPD keinen Aufwind oder Aufbruch durch die neue Doppelspitze. Viele lächelten über das langwierige und langweilige Wahlverfahren. Man übersah die Ansätze eines programmatischen Sprungs nach vorne.

Bemerkenswert ist jedoch, dass es eine leichte Bewegung im ARD-Deutschlandtrend gab. Gleich nach der Wahl ergab die Dezemberumfrage 2019 13% für die Partei und im Februar 2020 waren es immerhin 16%. Diese Entwicklung ist kein Anlass zu großer Freude, aber macht auch nicht hoffnungslos.

Am Mittwoch, dem 05. Februar 2020, ereignete sich der Fall von Thüringen. Hätte die SPD ihr Wahlergebnis der Landtagswahl von 2014 in Thüringen gehalten (12 Sitze) oder auch nur einen Sitz verloren, dann hätte Rot/Rot/Grün die Mehrheit im Landtag behalten und Ramelow wäre zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

Wählerumfragen in Thüringen zwischen dem Schwarzen Mittwoch und Mitte Februar bewegen sich für die Linke zwischen 37 und 40%, für die CDU zwischen 12 und 14%, für die SPD zwischen 7 und 10%, für die Grünen zwischen 5 und 7%, die FDP flöge aus dem Landtag und die AfD schneidet noch einen Punkt besser ab. Der Fortbestand von Rot/Rot/Grün wäre mit deutlicher Mehrheit gesichert. Wie der Weg zu Neuwahlen jetzt verläuft ist noch nicht zu erkennen.

Das Verhalten der beiden Parteien, die mit der AfD gewählt und alle anderen Optionen in den Wind geschlagen haben, lehrt uns das Fürchten: Beide klammern sich starrsinnig an das „Hufeisendogma“ der frühen Jahre: Es gibt gleichhohe und gleichstarke „Brandmauern“ (hinter denen das Feuer lodert) nach rechts und links in betonierter Äquidistanz zu den Guten in der Mitte. ‚Hufeisen‘ nannte das jüngst Robert Habeck kritisch. Hufeisen ist kein lebendiges historisches Bild, sondern ein geometrisches Symbol der unveränderlichen Erstarrung zweier Pole.

Diese Haltung ist historisch eindeutig zu widerlegen. Sie verharmlost den Faschismus in allen Varianten und ignoriert, um nur einen Punkt zu nennen, die Nachwendegeschichte der Linkspartei, die durch den Zusammenschluss von PDS und WASG entstanden ist. Über das Unrecht in der DDR allerdings wird noch viel zu reden sein.

Die sozialreformerischen-demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik sollten jetzt erkennen, dass sich aus den Thüringer Erfahrungen das wichtigste Projekt für die nächste Bundestagswahl ergibt: die Vorbereitung einer Kampagne für eine rot-rot-grüne Bundestagsmehrheit und eine entsprechende Regierung.

Schon einmal nach der Bundestagswahl 2005 gab es eine rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag mit 327 von 614 Sitzen, und danach noch einmal nach der Bundestagswahl 2013 mit 320 von 501 Sitzen. Die für die SPD verhängnisvolle GroKo hätte also schon längst Geschichte werden können.

Der letzte Deutschlandtrend vom 13. Februar vermeldet für RRG 47% der Stimmen, ebenso 47% für die anderen Parteien, die in den Bundestag kämen und 7% für Parteien, die draußen bleiben. Käme die SPD wider Erwarten doch noch ein bisschen mehr in Schwung, wäre eine RRG Mehrheit im nächsten Bundestag ziemlich sicher und die K-Frage von vorneherein geklärt.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna

Andreas Müller

Sehnsucht nach einem freien Leben

Dortmund, 17 Tage im März 1920: Generalstreik, Rote Armee, Vollzugsräte

Als im März 1920 reaktionäre Kräfte um Walther von Lüttwitz und Wolfgang Kapp gegen die erste demokratische Regierung Deutschlands putschten, antwortete das Ruhrgebiet mit Generalstreik. 50.000 Arbeiter griffen zu den Waffen – zur Verteidigung der Republik oder zur Vollendung der Revolution. In Dortmund regierte ein Vollzugsrat, ein Dutzend Ausschüsse und Kommissionen regelten das tägliche Leben. Mit dem Einmarsch von Regierungstruppen und Freikorps endete der Aufstand blutig.

Es war eine Zeit der Verunsicherungen und des Aufbruchs: Das autoritäre Kaiserreich war überwunden, doch ein großer Teil des Bürgertum, des Beamtenapparats, christliche Fundamentalisten und nationale Patrioten trauerten dem Kaiser nach. Sie hatten Angst vor dem, was schon in den ersten Tagen der jungen Republik erreicht worden war: gleiches Wahlrecht, Frauenwahlrecht, Arbeiter- und Soldatenräte überall, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der Achtstundentag sowie der Einstieg in eine Sozialpartnerschaft der Gewerkschafts- und Industrievertreter. Dazu kam eine SPD-geführte Reichsregierung in Berlin. Für viele war dies schon alles, was es zu erreichen galt, für andere die ersten Schritte hin zu einer freien demokratischen Gesellschaft.



Abteilung der Roten Armee beim Ausrücken;
Ort: vor dem Stadt. Börsen-Restaurant an
der Steinstr. 35 (gegenüber der Steinwache)

Räte und Putschisten

In Dortmund wurde der Arbeiter- und Soldatenrat von der SPD dominiert, die den Schulterchluss mit den alten Eliten suchte: Es wurde die kaiserliche Verwaltung im Amt belassen, neben der Polizei eine etwa 1.500-köpfige Sicherheitswehr aufgebaut, die für Ruhe und Ordnung sorgen sollte und dem alten Magistrat unterstand. Als Gegner wurden nicht die reaktionären Kräfte ausgemacht, sondern jene, die aktiv für eine weitere Demokratisierung der Verwaltung, der Betriebe und des Militärs eintraten.

Im Februar und April folgten große Streikwellen. Gefordert wurde nun die Übernahme der Betriebe durch die Allgemeinheit, die Sechsstundenschicht und die Auflösung der „Freikorps“, die seit Dezember 1918 von der Reichsregierung aufgestellt wurden. In der Dortmunder Tageszeitung der SPD wurde mit großen Annoncen zum Beitritt zu diesen antideokratischen Wehrverbänden geworben, die nun mit bruta-

ler Gewalt gegen Streikbewegungen vorgehen. Am 1. April wurde der Belagerungszustand über das gesamte Ruhrrevier verhängt. Kriegsgerichte wurden eingerichtet, Versammlungen anarchistischer und kommunistischer Gruppen sowie der in Dortmund 20.000 Mitglieder zählenden Anarchosyndikalisten wurden verboten. Nun herrschten im Ruhrgebiet bürgerkriegsähnliche Zustände, es gab Hunderte Tote. Demokratische Zustände waren hier durch eine autoritäre Militärherrschaft abgelöst worden.

In dieser Phase der Auseinandersetzungen putschten Freikorpsverbände am 13. März 1920 gegen die im Februar 1919 gebildete Regierung aus SPD, dem christlichen „Zentrum“ und der liberalen DDP. Das Militär stellte sich den Putschisten nicht entgegen – „Truppe schießt nicht auf Truppe“ –, die Regierung floh nach Stuttgart.

In den Dortmunder Vororten bildeten sich Arbeiter-, Vollzugs- oder Aktionsausschüsse, die ab dem 15. März den Generalstreik organisierten, das Bürgertum entwaffneten, öffentliche Gebäude und die Post besetzten, um zu verhindern, dass Befehle der Putschisten ausgeführt wurden. Sie wurden von den Arbeiterparteien nach ihrer örtlichen Präsenz besetzt, durch SPD, USPD, KPD und Anarchosyndikalisten. Nur in Hörde war auch bis zum 21. März die liberale DDP vertreten. Aus einigen Arbeiteräten schied die SPD nach kurzer Zeit wieder aus, so in Aplerbeck.

In Dortmund fanden große Versammlungen und Demonstrationen statt. Adolf Meinberg, der populäre Sprecher der KPD, wurde aus der Haft befreit. Doch es scheiterte die Bildung eines Arbeiterrats an der Haltung der SPD. Erst nach heftigen Kämpfen zwischen dem nach Dortmund beordneten Freikorps Lichtschlag und mehr als 10.000 Arbeitern aus Wetter, Hagen und Hörde wurde am 17. März ein Vollzugsrat aus KPD, USPD, SPD, DDP und den Freien Gewerkschaften mit Adolf Meinberg als Vorsitzenden gebildet. Er sprach sich öffentlich gegen eine Proklamation einer lokalen Rätereublik aus. Mitte März fanden Wahlen zu den Betriebsräten statt, die dann auf einer Vollversammlung am 29. März den Vollzugsrat neu wählten, in dem nun auch die Anarchosyndikalisten vertreten waren.

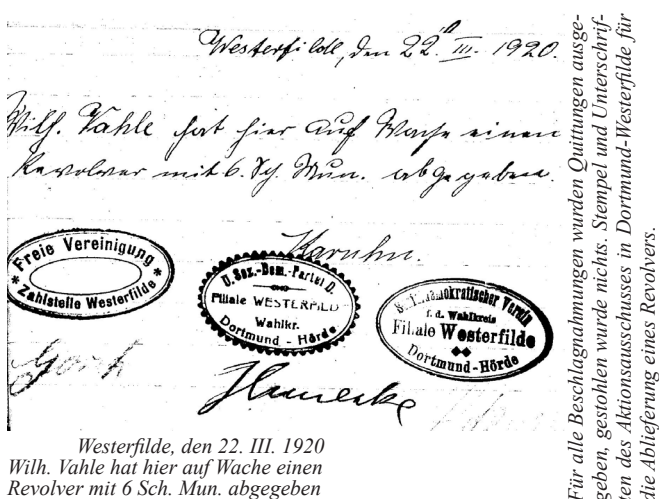
Vollzugsrat und Rote Ruhrarmee

Inzwischen war das gesamte Ruhrgebiet von Militär und Freikorps befreit. Der Putsch war bereits nach vier Tagen zusammengebrochen, der selbsternannte Reichskanzler Wolfgang Kapp nach Schweden geflohen. Die bewaffneten Arbeiter marschierten nun als „Rote Ruhrarmee“ auf Münster, an der Lippe bildete sich eine regelrechte Front. Am 24. März wurde ein Abkommen geschlossen, das die Selbstauflösung der Roten Ruhrarmee aber auch den Verzicht der Regierung auf den Einmarsch der Reichwehrtruppen ins Ruhrgebiet beinhaltete. Nicht alle Einheiten der Ruhrarmee erfuhren davon, andere lehnten den Beschluss ab, und so marschierte das

inzwischen verstärkte Militär ins Ruhrgebiet ein und nahm Rache an allen, die sich aktiv an den Auseinandersetzungen beteiligt hatten. Von Berlin wurden auch diejenigen Freikorps ins Ruhrgebiet gesandt, die eben noch die Reichsregierung hinweg geputscht hatten.

In den knapp 17 Tagen, in denen der Vollzugsrat in Dortmund „regierte“, wurden Ansätze einer neuen Gesellschaftsordnung sichtbar. Auf der Zeche Hansemann wurde die Sechsstundenschicht eingeführt, auf der Zeche Kaiserstuhl mussten entlassene Belegschaftsmitglieder wieder eingestellt werden. Auf der Zeche Schleswig und Holstein wurden Kohlen aus dem Vorratsturm verkauft und damit die Arbeiterwehr entlohnt. In Hörde wurde am 24. März die völlige Versammlungsfreiheit garantiert – nur den Befürwortern des Putsches wurde „jede Versammlung vorläufig untersagt“.

Ein Dutzend Ausschüsse und Kommissionen regelte das tägliche Leben. Die Lebensmittelkommission verordnete am 27. März: „Hotels, Gasthäuser, Speisewirtschaften und dergl. mehr ist die Abgabe von Lebensmitteln aller Art ohne Marken verboten.“ Menschen mit viel Geld hatten damit die gleichen Rationen wie alle anderen. Die Wohnungskommission ordnete an, dass bei einer Erhöhung der Mieten vorher ihre schriftliche Genehmigung einzuholen sei. Ihr Ziel war die Bildung von Mieterräten und die Rationierung von Wohnraum bei den Wohlhabenden. Eine Polizei-Überwachungsstelle forderte Personen auf, sich zu melden, „zwecks Aufklärung vorgekommener Misshandlungen“ durch die Polizei „vor der Revolution“. Es sollte nichts vergessen werden. Für die Vielzahl an Beschlagnahmungen – auf der Hermannshütte in Hörde wurde sogar eine Lokomotive requiriert – wurden gestempelte und unterschriebene Quittungen ausgegeben, um später eine Vergütung oder die Waren zurück zu erhalten.



Das Hakenkreuz in Dortmund

Bis dahin war in Dortmund noch niemand ums Leben gekommen. Aus Angst, dass Beamte als Geiseln verhaftet oder ihre Wohnungen beschlagnahmt würden, traten am 30. März große Teile der Beamenschaft in den Streik. Auch die Ärzte schlossen sich an. Mehrmals am Tag fanden Streikversammlungen statt. Auf einer Beamtenversammlung am 1. April im Fredenbaum fielen Schüsse, zwei Beamte wurden tödlich verletzt. Obwohl der Vollzugsrat sofort eine Untersuchung einleitete, konnten die Täter nicht ermittelt werden.

Am 3. April, als der Dortmunder und Hörder Vollzugsrat zurückgetreten war und ein „Ordnungsausschuss“ eingerichtet wurde, kam es in Wellinghofen zwischen der Hörder Arbeiterwehr und der dortigen Einwohnerwehr, die die Zeche Admiral und Gottessegen besetzt hielt, zu Kämpfen, die sieben Tote forderten.



Rote Armee auf dem Dortmunder Hansaplatz

Zu Plünderungen kam es in der gesamten Stadt nicht. Schon am 20. März warnte der Vollzugsrat: „Wer plündert, wird ohne Rücksicht auf die Person erschossen.“ Lediglich beim Abzug der Roten Ruhrarmee in der Nacht auf den 4. April wurden auf der Rheinischen Straße jeweils ein Uhren-, Goldwaren und Schuhgeschäft geplündert.

Der Terror begann mit dem Einmarsch der Reichswehr und des Freikorps Epp am 5. und 6. April. Menschen wurden abgeführt und „auf der Flucht erschossen“, Misshandlungen, Folterungen und Mord waren an der Tagesordnung. In den Tageszeitungen wurde über ein neues Phänomen aufgeklärt: „Das Hakenkreuz in Dortmund“. Überall war es zu sehen: auf Häuserwänden, Schaufenstern, auf den Eckpfeilern am Eingang der Synagoge, auf jüdischen Grabsteinen und den Stahlhelmen der Soldaten. Juden wurden verprügelt und der Rabbiner auf offener Straße beschimpft. Zur Rechenschaft gezogen wurde niemand. Auch die Putschisten nicht.

Die strafrechtliche Verfolgung von 705 nachweislich am Kapp-Putsch Beteiligten führte bis Mai 1921 zu einer einzigen Verurteilung. Allein an den ersten drei Verhandlungstagen des Kriegsgerichts im April 1920 wurden in Dortmund 31 Arbeiter zu über 39 Jahren Gefängnis und Zuchthaus verurteilt. Darunter der jugendliche Wilhelm Watzelmann zu sieben Monaten Gefängnis, da er drei Tage Mitglied der Roten Armee gewesen war oder Arthur Rausch wegen Postenstehens zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.

Der Ruhrkampf markiert auch für das Ruhrgebiet die endgültige Spaltung der Arbeiterschaft und den Beginn einer deutschen Kontinuität: Der Feind steht links. Auch zum 100. Jahrestag des Ruhrkampfes ist es erstaunlich ruhig. Das Bündnis der ersten demokratischen Regierung mit den alten Eliten und einer neuen autoritären Rechten, die ihr Symbol, das Hakenkreuz, mit nach Dortmund brachte, erscheint für Feierstunden wohl zu ambivalent.

Andreas Müller, aktiv in der Geschichtswerkstatt Dortmund seit ihren Anfängen, zahlreiche Veröffentlichungen zur Dortmunder Stadtgeschichte. (Fotos aus dem Dortmunder Stadtarchiv)

Philipp van Sprang

Das Problem mit Datteln 4

Hintergrund zum Artikel

Ich heiße Philipp, bin 14 Jahre alt und engagiere mich zurzeit in meiner Stadt in der Fridays-for-Future Ortsgruppe. Im letzten Jahr wurde zu einer Demonstration gegen Datteln 4 aufgerufen. Ich hatte mich zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit dem Thema auseinandergesetzt, lediglich ein paar Dinge aus meinem Bekanntenkreis gehört. Also habe ich entschlossen, gründlich im Internet zu recherchieren und daraus eine Rede für die Demo zu schreiben. Auf Anfrage des **AMOS**-Teams habe ich die Rede etwas umgeschrieben und nun in dieser Ausgabe zum Veröffentlichen freigegeben.

Geschichte von Datteln 4

Der Bau von Datteln 4 war umstritten, das Kraftwerk nicht rechtens und die Reaktionen der Politik eine Gemeinheit. Das wichtigste möchte ich nur kurz zusammenfassen.

2007 begann der Bau von Europas größtem Steinkohlekraftwerk. Ursprünglich sollte es die alten Kraftwerksblöcke 1–3 ersetzen, sonst drohe ein großer Stromausfall. Nachdem die alten Blöcke abgeschaltet wurden, kam es nie zu Stromausfällen – obwohl Datteln 4 damals noch nicht am Netz war.

2009 wurde der Betreiber erfolgreich verklagt. Das Oberverwaltungsgericht stellte fest, dass das Kraftwerk 5 km vom vorgesehenen Ort entfernt gebaut wurde. Es setzt – gegen alle Vereinbarungen – auf Importkohle und kann keine Umweltstandards gewährleisten. Zur nächsten Wohnung sind es nur 400 m Luftlinie, nicht wie vorgeschrieben 1,5 km. Die Politik versuchte nun, das Kraftwerk zu legalisieren. Die Landesregierung strich Umweltschutzparagrafen, Städteverbände machten sich für das Kraftwerk stark. 2020 soll es ans Netz gehen.

Was Befürworter sagen

Viele Befürworter von Datteln 4, darunter auch Ministerpräsident Laschet oder Wirtschaftsminister Altmeier, sprechen sich trotz der kontroversen Geschichte für eine Inbetriebnahme aus. Wie viele andere argumentieren sie, dass die Geschichte an der Tatsache, dass dieses Kraftwerk bereits gebaut ist, nichts ändert, und dass man durch die Abschaltung anderer Kraftwerke mit diesem modernen, umweltfreundlicherem Kraftwerk eine Menge Emissionen sparen kann. Ja, andere Kraftwerke vom Netz nehmen ist notwendig, aber dafür Datteln 4 in Betrieb zu nehmen, ist nicht gerechtfertigt. Dafür gibt es einfach zu viele Dinge, die dagegen sprechen.

Arbeitsplätze

Beginnen wir die Argumentation doch mal mit dem sonst so großen Totschlagargument gegen Umweltschutz und Kohleausstieg: die Arbeitsplätze. Es wird von Seiten der Politik eine große Unruhe über den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in Gang gesetzt. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin selbstverständlich gegen den Verlust von Arbeitsplätzen, aber der Klimawandel kommt nicht für umsonst. Man muss versuchen, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu retten und die Mitarbeiter der Kohlebranche umschulen – gerade bei der Energiewende werden zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen und auch gebraucht.

Sie fragen sich bestimmt, was das mit Datteln 4 zu tun hat. Ich sage, eine Menge. Wenn man Datteln 4 ans Netz nimmt, steigen viele neue Mitarbeiter ins Kohlegeschäft ein; woanders werden im Gegenzug welche entlassen. Die neuen Mitarbeiter sind nur kurzfristig im neuen Job: Maximal 18 Jahre, wenn ein politischer Wechsel stattfindet, vielleicht sogar nur zehn. Um wirklich Arbeitsplätze zu sichern, muss jetzt angefangen werden Mitarbeiter umzuschulen, neue Mitarbeiter für erneuerbare Energien auszubilden und keine weiteren Mitarbeiter in die nicht zukunftsfähige Kohleenergie zu stecken.

Glaubwürdigkeit

Stichwort GroKo, Stichwort hochgepriesenes Klimapaket. 2019 traf sich eine Kommission verschiedenster Vertreter, die einen Leitfaden für die klimatechnische Zukunft Deutschlands aushandelten. Eines der Ergebnisse ist folgende Vereinbarung: „Die Kohlekommission empfiehlt weiterhin, den Bau neuer Kraftwerke nicht mehr zu genehmigen. Für bereits gebaute, aber noch im Betrieb befindliche Bauwerke empfiehlt die Kohlekommission, eine Verhandlungslösung zu suchen, um diese Kraftwerke nicht in Betrieb zu nehmen.“ Mit dem letzten Satz kann nur Datteln 4 gemeint sein. Die Politik hält sich nicht an diese Vereinbarung. Es wird versucht genau das Gegenteil zu machen. Anstatt eine Abschaltung zu erreichen, wird mit allen Mühen versucht, das Kraftwerk in Betrieb zu nehmen, und zwar mit großem Lob, wie toll es doch sei. Das Vertrauen in die Regierung ist nicht mehr das allerhöchste und gerade beim Klimaschutz sollte diese versuchen, sich an die Vereinbarungen aus dem Klimapaket zu halten, damit das Thema von allen Beteiligten ernst genommen wird. Wenn man jetzt mit der Industrie auf einen Kuschelpfad geht und die alte Kohlekraft in Schutz nimmt, wird sie niemals von selber anfangen auf neue Techniken zu setzen.

Stromverbrauch

„Wenn wir weiter Kohlekraftwerke ausschalten und Datteln 4 nicht ans Netz lassen, dann drohen uns Black-Outs und Stromausfälle, die drastische Folgen für Deutschland hätten.“ So würden einige Befürworter argumentieren. Die Realität sieht etwas anders aus. Deutschland gehört europaweit zu den größten Stromexporteuren. Deutschland produziert jährlich deutlich mehr Strom als es braucht, Tendenz steigend. Wenn man die Stromverteilung in Deutschland besser organisiert, also den Strom von der Windkraft im Norden in den Süden Deutschlands leitet und die Solarenergie aus den Alpen in Richtung Norden – gerne auch unterirdisch – und weiter die erneuerbaren Energien ausbaut, dann brauchen wir uns keine Sorgen über eine grünere Zukunft machen.

Importkohle

Wir alle kennen die Bilder: Unterbezahlte Arbeiter in Bangladesch, Indien und China arbeiten unter lebensgefährlichen Bedingungen an der immer wieder gleichen, monotonen Arbeit und wir unterstützen das durch den Kauf von 9-€-Jeans. Was, wenn ich ihnen erzähle, dass der Strom, den Sie täglich benutzen – beim Fernsehen, beim Zähneputzen, beim

Wäschewaschen – unter ähnlichen Umständen entsteht?

Moment, gibt es in Deutschland denn nicht Regelungen, die faire Arbeitsbedingungen vorschreiben? Ja, die gibt es, aber das ist nicht das Problem. Die Kohle, die wir verbrennen, kommt oft aus Russland, Australien und Kolumbien. In Südafrikas größten Minen wird Kohle unter unwürdigsten Bedingungen abgebaut und billig nach Europa verschifft. Die wenigsten Häuser dort haben einen Wasseranschluss. Familien leben auf engstem Raum, dauernd der Gefahr ausgesetzt, ihr Haus stürzt auf Grund der naheliegenden Bauarbeiten ein. Medizinische Versorgung ist nicht vorhanden und von den Arbeitsbedingungen möchte ich gar nicht erst sprechen.

Auch die größten Klimaleugner kommen nicht drum rum, dass wir, wenn wir weiter am Kohlestrom festhalten, unser ganzes Leben lang, Sekunde um Sekunde, auf Kosten ausgebeuteter Menschen leben.

Emissionen

Ist Datteln 4 jetzt ein Beitrag zum Klimaschutz oder nicht? Alleine der Begriff des umweltfreundlichen Kraftwerks löst bei mir Empörung aus. Das klingt ungefähr genauso, wie ein männlicher Gleichstellungsbeauftragter, ein niedliches Raubtier oder eine lustige Tragödie. – Doch mal Spaß beiseite. Das Kraftwerk habe einen höheren Wirkungsgrad als andere Kraftwerke ist nur bedingt richtig. In Kopenhagen gibt es Kraftwerke mit Wirkungsgraden bis zu 90% (also fast dop-

pelt so effektiv) – und diese kommen aus den 90er Jahren. Studien des BUND belegen, dass dieses Steinkohlekraftwerk weniger umweltgefährliche Gaskraftwerkwerke verdrängt, Gaskraftwerke, die für die Energiewende von unabdinglicher Notwendigkeit sind. Berechnungen prognostizieren 8 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr mehr in der Luft. Eine Zahl, die die „Umweltfreundlichkeit“ von Datteln 4 grundlegend widerlegt. – Auch hier kann das Kraftwerk nicht punkten.

Fazit

Datteln 4 darf nicht ans Netz. Dagegen sprechen nicht etwa irgendwelche klimafanatatischen Ideologien, sondern eine Palette von wichtigen Argumenten: Klimaschutz, Menschenwürde und falsche Signale für die notwendige Energiewende in Deutschland. Das Kraftwerk war nie gut und wird auch nie gut sein.

Also tun Sie etwas: Unterschreiben Sie Petitionen, unterstützen Sie Bewegungen und Demonstrationen und seien Sie sich stets bewusst: Bis zur Inbetriebnahme im Sommer ist noch eine Menge Zeit.

Philipp van Sprang: „Ich bin sehr an politischen Diskussionen interessiert. Seit 4 Jahren bin ich im Kinder- und Jugendparlament unserer Stadt und seit 5 Jahren in unserer Schülervertretung. Ich besuche zurzeit die 9. Klasse und interessiere mich neben politischen Themen vor allem für naturwissenschaftliche Fächer, besonders Mathe und Chemie.“ Er wohnt in Recklinghausen, wo er bei der Demo am Freitag, 29.11.2019, die Rede hielt..

Sebastian Müller / Hartmut Dreier

Klassische Intrige

Planungschef des RVR gefeuert

SPD und CDU im Ruhrgebiet wollten sich wohl schon länger Klagen von Investoren und Immobilien-Spekulanten über den angeblich übertrieben ökologischen Kurs in der Regionalplanung des Regionalverband Ruhr (RVR), der sie am Bauen hindere, nicht mehr antun.

Als der Dezernent für die Regionalplanung und der Grünen in der Leitung des RVR, Martin Tönnies, der Verbandsversammlung im September 2019 mitteilte, dass der Regionalplan in dieser Legislatur nicht mehr fertig würde, sahen SPD und CDU den passenden Moment gekommen, für sich und damit vermeintlich auch für uns, die Bürgerinnen und Bürger der Ruhr-Region, an Martin Tönnies herum zu schrauben und ihn als Planungschef des Regionalverbands in die Wüste zu schicken. Die Presse stürzte sich auf die Nachricht vom unvollendeten Regionalplan, der Bezirksverband der CDU echote lauthals und presseverstärkt, dass damit die Existenz des Regionalverbands in Frage stehe und forderte personelle Konsequenzen: die Abwahl des Planungsdezernenten. Sie wollte sich als Retterin für das Ruhrgebiet darstellen. Normalerweise hätte kein Hahn danach gekräht. Denn dummerweise ist die CDU seit Ewigkeiten eine Minderheit in der Regionalversammlung. Sie braucht Stimmen von SPD und Grünen, die im RVR die Mehrheit stellen, wenn sie etwas durchsetzen will, schon gar für die Abwahl eines Dezernenten für Regionalplanung.

Hinzu kam auch eine erhebliche politische Nervosität von CDU und SPD durch die Ergebnisse der Europawahlen im

Mai 2019, in denen CDU und SPD mehr als 30% Stimmenverluste hatten hinnehmen müssen, die Grünen aber über 20% Stimmen hinzu gewonnen hatten. Kein gutes Zeichen für die Kommunalwahlen und die erste Direktwahl der Verbandsversammlung im September 2020. Die SPD wollte außerdem den schwarzen Peter nicht haben, Tönnies' angeblich unentschuldbare Verzögerung des Regionalplans und eine beinahe verpfuschte Regionalplanung geduldet zu haben. Sie wollte auch zu den Rettern des Ruhrgebiets gehören. Bei den Grünen war man uneinig, wie auf die Angriffe auf ihren Dezernenten zu reagieren wäre. Sabine von der Beck, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im RVR, kritisierte am 11. Oktober vor der Verbandsversammlung vor allem „diejenigen, die die Schwächung des Regionalverbands dazu nutzen wollten, die eine oder andere Gewerbeflächenausweisung durchzusetzen“ und sagte zum Erstaunen des politischen Publikums in der Region dann aber: „Wir Grünen wollen die Krise des RVR nicht aussitzen, sondern – als Beitrag zu ihrer Überwindung der Abwahl unseres Dezernenten nicht in den Weg stellen. Denn die Menschen im Ruhrgebiet haben einen guten Regionalplan und einen handlungsfähigen RVR verdient.“ Sie machte also klar, dass ausreichend viele Grünen und sie selbst der Abwahl ihres Planungsdezernenten zustimmen würden.

Offensichtlich hatte es eine Erpressung von Frau von der Beck und den Grünen durch die SPD gegeben: Entweder ihr macht bei der Abwahl von Tönnies mit oder wir besorgen uns die Mehrheit jenseits der rot-grünen Koalition in der Verbandsversammlung. Und euer Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für Tönnies ist futsch.

Die Abwahl von Martin Tönnies wurde Mitte Dezember 2019 von der Verbandsversammlung beschlossen.

Sebastian Müller, s.S.20, Hartmut Dreier, s.S.11

Rolf Euler / Helmut Scholtz

Ein exemplarischer Fall

Quartiermanagement in Recklinghausen

Frage: Was ist der Job des Quartiermanagers, wofür bist Du eingestellt?

Helmut Scholtz: Die Deutsche Fernsehlotterie und Deutsches Hilfswerk finanzieren seit Jahren Quartiersentwicklungsprojekte in ganz Deutschland. Ursprüngliches Ziel war, längeres Verbleiben älterer Menschen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Strukturen wie vor 30, 40 Jahren – Nachbarschaften, größere Familien – sind nicht mehr selbstverständlich. Kann man die stärken?

Anderes kommt hinzu: Wie ist die räumliche Ausstattung des Stadtteils, welche Gruppen sind aktiv, was gibt es an Dienstleistungen und Beratung? Und wie geht Akzeptanz im Zusammenleben?

Hier in Recklinghausen wurde das Paulusviertel ausgewählt, ein Viertel, das in großen Teilen durch den Bergbau und das hier bis 2001 arbeitende Bergwerk General Blumenthal entstanden ist. Zugewanderte, die für den Bergbau gebraucht wurden, haben das Viertel neu besiedelt. Menschen aus Schlesien, Ostpreußen, später Polen, Sowjetunion, Türkei, nach dem 2. Weltkrieg heimkehrende Soldaten und Geflüchtete wurden



hier Bewohner. Neue Menschen, neue Kulturen, neue Ethnien wurden durch die „soziale Klammer“ Bergbau in eine Gemeinschaft integriert.

Meine Arbeit trifft auf eine Situation,

in der das nach dem Ende des Bergbaus nicht mehr so ist. Auch die neu Hinzukommenden wie Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan haben es mit der Integration nicht so einfach, als wenn sie zusammen auf Schicht gehen würden.

Wann hast Du hier angefangen?

HS: Das war 2015 mit Förderung für 3 Jahre, dann 2 Jahre Verlängerung, so dass im Juni 2020 erstmal Schluss ist. Leider geht es bei dieser Art Förderung immer nur um zeitlich begrenzte Projekte, was von der Sache her schlecht ist. Hier im Viertel ging es vor allem darum, Menschen, die von Vereinsamung bedroht sind, wieder miteinander in Kontakt zu bringen, nachbarschaftliches Miteinander und bürgerschaftliches Engagement zu stärken, das ist eine Daueraufgabe.

Welche Gruppen sind das hier im Viertel?

HS: Ich bin bei der Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen angebunden. Mein Büro ist im AWO-Seniorenzentrum mitten im Viertel. Vom Fördermittelgeber wurde eingese-

hen: es geht um ganzheitliche Entwicklung des Stadtteils. Wir arbeiten zusammen mit dem Kinderschutzbund, mit den Kirchengemeinden, dem Geschichtskreis des ehemaligen Bergwerks General Blumenthal, mit Sportvereinen, mit der Stadt, dem Seniorenbeirat, der Sozialberatung, mit der lokalen Grundschule, dem Hittorf-Gymnasium, dessen Geografiekurs das Viertel kartiert hat. Mit der Maristenschule haben wir mehrfach das Projekt „Jung lehrt Alt“ durchgeführt, bei dem Schüler den Senioren das Handy und anderes näher bringen. Mit Sportvereinen gibt es einen Fitness- und Gesundheitstag im Quartier. Das Schöne ist bei meiner Arbeit, dass es zu dieser Vernetzung kommt.

Ein besonders großes gutes Projekt war die Zusammenarbeit mit den Ruhrfestspielen 2017, als ein Theaterstück über das Paulusviertel mit über hundert Teilnehmern aus dem Viertel geprobt und aufgeführt wurde. Außer den genannten waren beteiligt: der französische Chor, die Lebenshilfe mit ihren Jugendlichen, Theaterbegeisterte aus mehreren Laiengruppen. Wir haben gemeinsam ein richtiges Theaterprojekt mit über zehn Aufführungsorten auf die Beine gestellt, wo die Zuschauer im Quartier herumwanderten.

Ist das, was angestrebt wurde, realisiert worden? Und hängt das an dem Quartiermanagement, wobei ja der Begriff mir zu sachlich ist, es hängt doch auch an Deiner Person?

HS: Ja, es hat mit den Menschen zu tun, ich muss Vertrauen schaffen, die Beteiligten müssen gleichberechtigt miteinander im Kontakt sein können, und das funktioniert, weil ich als „Dienstleister“ auf einer niederschweligen Ebene diesen Kontakt herstelle und das für alle sehr fruchtbar ist.

Wie haben sich der Umbau, die Modernisierungsmaßnahmen der 70er-Jahre-Hochhäuser bzw. der ehemaligen Bergarbeiterwohnungen an der Wildermannstraße ausgewirkt?

HS: Das hat sicherlich eine große Veränderung gebracht. Dadurch, dass die Wohnungen saniert und umgebaut aber auch die Außenanlagen erneuert wurden, hat es sicher den Mietspiegel hochgezogen, es wurde ein ganz anderes Mieterklientel angesprochen, und die mischen sich jetzt mit den Altmietern, was nicht spannungslos passiert.

Würdest Du das als Gentrifizierung bezeichnen?

HS: Es geht ein bisschen in die Richtung. Man wird sehen, wie sich das weiter entwickelt, denn es gehört auch der neue Paulusanger dazu, wo die Mietpreise nochmal deutlich höher sind und ganz andere Bevölkerungskreise einziehen.

Und es wirkt sich aufs Viertel aus. Wenn man sich z.B. die Abgänge der Grundschule auf die weiterführenden Schulen ansieht, so wird deutlich, dass mehr „Bildungsbürgertum“ in den Stadtteil gezogen ist.

Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass sich viele von den Menschen diese Mieten im Paulusviertel nicht mehr leisten können. Der große Wohnungsträger im Viertel, die Vivawest, hat bestätigt, dass sie keine kleinen Wohnungen für Einpersonenhaushalte mit Arge-Bezug („Hartz IV“) vorhalten wird. Die müssen dann in andere Stadtteile abwandern,

wo sie sich dann noch konzentrieren, wie im Süden von Recklinghausen.

Gab es für Deine Arbeit Besonderheiten mit den ehemaligen Bergleuten? Nicht wenige türkische Familien haben ja in dem Viertel gewohnt.

HS: Es sind ja viel weniger geworden, aber trotz alledem spürt man an vielen Ecken und Kanten, wie der Stadtteil vom Bergbau geprägt wurde. Und wenn man die Geschichte verstehen will, muss man das im Hinterkopf behalten, auch um die Sprache und die gewachsenen Strukturen zu verstehen.

Warum sind solche Projekte überhaupt zeitlich befristet? Eigentlich hast Du Dich ins pralle Leben gestürzt, was aufgebaut, das müsste doch eigentlich weitergehen?

HS: Das wäre sehr wünschenswert, weil die Probleme ja nicht gelöst sind. Wir haben es geschafft, dass die Menschen vernetzt wurden, aber ehrenamtlich ist das eben prekär, dann sind die Gruppen bei einer anderen Lage schnell wieder auseinander.

Deswegen wären die lokalen Träger wie Kommunen, Pflegekassen oder auch Wohnungsbaugesellschaften in der Verantwortung. Was ist ihnen diese Arbeit wert? Das ist gar nicht mal so eine Frage des mangelnden Geldes, sondern da muss ein Plan her: Wo will man im Viertel hin? Was muss gefördert werden? Wie kann man sich gemeinsam an einen Tisch setzen und so ein Projekt weiter fördern? – Soweit ist man in Recklinghausen nicht im Gegensatz zu anderen Städten, wo das passiert.



Das heißt, die Stadt hätte eigentlich die Pflicht, so eine begonnene erfolgreiche Quartiersarbeit fortzuführen?

HS: Das ist schon so, dass es auch mit der Person zu tun hat, ich kenne die Menschen und die Ansprechpartner. Ich weiß nicht, ob man da von einer „Pflicht“ sprechen kann, aber nach meiner Erfahrung wäre es ausgesprochen sinnvoll und sogar notwendig, weil ja weitere Aufgaben auf uns zukommen mit der Altersstruktur, mit der Digitalisierung, dem Klima und der Immigration, und das wird ohne professionelle Quartiersarbeit schwer „zu wuppen“ sein. Ich habe in meiner beruflichen Praxis kein Projekt erlebt, das so effizient ist, diese Potentiale der Anwohner zu mobilisieren. Aber im Moment ist der Stand: Am 30. Juni ist Schicht.

Was war denn das Beste bei Deinen Erfahrungen?

HS: Was mich besonders freut ist, dass die Menschen, wenn man sie einmal aus der Deckung geholt hat, sehr wohl bereit sind, sich zu engagieren und tatkräftig mitzuhelfen.

Es ist von einer Krise des Ehrenamts die Rede. Das liegt aber daran, dass das Ehrenamt nicht mehr wie vor 30, 40

Jahren den Bedürfnissen der Leute heute entspricht, die sich nicht auf Jahrzehnte in einem Verein verpflichten, aber für kurze einzelne Projekt sehr wohl auch offen mit allen möglichen anderen zusammen arbeiten.

Erfolge wie jetzt mit dem „Schicht-am-Schacht“-Projekt mit dem Vestischen Museum zeigen: Wenn man den Menschen entsprechend zutraut, ihre Angelegenheiten im Stadtteil in die eigenen Hände zu nehmen, ist das fruchtbar. Aber das ist den Menschen seit Jahrzehnten ja eher abtrainiert worden. „Kümmert euch nicht, wir kümmern uns, ihr braucht euch nicht zu engagieren, wir sagen wo es langgeht“ – das hat sich in den Köpfen festgesetzt und führt zur Unsicherheit, ob man das Heft selber in die Hand nehmen darf.

Gibt es in Deinem Job Widersprüche, die man eher verkleistert?

HS: Grundsätzlich ist ja der Ausgangspunkt im Sozialgesetzbuch „ambulant vor stationär“ kein altruistischer, sondern da geht es um Geld. Da sieht man deutlich, dass soziale Projekte auch dafür benutzt werden, politische Absichten umzusetzen. Man muss sich dessen bewusst sein, man muss es auch transparent machen: Wer zahlt das Geld, was sind dessen Ziele, und was ist die Aufgabe hier vor Ort?

Ich glaube, dass man aber den Spielraum, den man in dieser Art Quartiers-Entwicklungsprojekten hat, sehr wohl dazu nutzen kann, die Leute zu aktivieren, ihre eigenen Ideen zu entwickeln, und diese eigenen Ideen dann auch umzusetzen, unabhängig davon, wie bequem oder gewünscht das von Auftraggebern oder anderen Mitspielern im Quartiersprojekt ist. Letztlich geht es darum, den „Willen des Volkes“ in Bewegung zu bringen.

Aber das steht dann wohl im Widerspruch zu Unternehmen, die an hohen Mieten interessiert sind, an politischer Verwaltung statt an Selbstorganisation?

HS: Das gibt es sicherlich, und meine Arbeitsweise ist dann so, dass ich das transparent mache und den Leuten sage, bis dahin gehe ich mit euch mit und alles weitere müsst ihr in eure eigenen Hände nehmen. Wenn projektgeförderte Mittel begrenzt sind, ist es wichtig, dass sie irgendwann auf eigenen Füßen stehen müssen, dass viele neue Pflänzchen von selber entstehen.

Und was passiert nach dem 1.7., wenn das hier nicht weitergeht?

HS: Im Moment schaue ich noch nach Möglichkeiten, in diesem Projekt weiter zu arbeiten, weil es wirklich so ist, dass so ein Quartiersprojekt um so wirkungsvoller ist, je länger es läuft. Das Netzwerk wird einfach immer besser. Am Ende wäre es wirklich ein Problem für den Stadtteil und für das Projekt der Zusammenarbeit, wenn es nicht weiter ginge.

Bei Redaktionsschluss Mitte Februar stand nach wie vor das Ende des Projektes am 30. 6. fest, jedoch gab es nach Protesten und Forderungen vieler Betroffener die Absicht der Stadt, mit anderen Trägern zu sprechen, um eventuell das Projekt auf anderer finanzieller Basis fortzuführen. Der nächste **AMOS** wird berichten.

Die Fragen stellte Rolf Euler.

Helmut Scholtz, 54 Jahre, verheiratet, zwei Kinder; Dipl. Soz.päd. (zweiter Bildungsweg, vorher Ausbildung und Arbeit in der Metallindustrie-Bergbauszulieferbetrieb), seit 2015 AWO Quartiersmanager; seit 1965 Recklinghäuser.

Hartmut Dreier

Ein herabfallender Ast, ein Kahlschlag im Naturschutzwald und die Folgen

Mit großen Maschinen machten Wald-Killer Anfang 2019 einen erschreckenden Kahlschlag im Naturschutzgebiet „Die Burg“ in Marl-Sinsen. Entlang einer Kleingartenanlage, einem still gelegten Sportplatz und einer Straße fällten sie Hunderte von Rotbuchen (einige über 200 Jahre alt), Eichen u.a., zerstörten Waldböden und Tierwelt in einer Fläche größer als drei Fußballfelder (1,7 ha), das sind 11% der „Burg“. Es ist ein Natur- und Landschaftsschutzgebiet und entsprechend der FFH-Richtlinie (=Flora-, Fauna-Habitat) der Europäischen Union aufgenommen in das europäische Netz von besonderen Schutzgebieten als „Natura 2000“. Es gehört zum wunderbaren noch größeren Naturschutzgebiet „Vestischer Höhenrücken“.



Seit einem Jahr ist die Bevölkerung schockiert über diesen Frevel an der Natur.

Eine sog. „Fachaufsichtsbeschwerde“ der Wählergemeinschaft Die Grünen Marl ging am 24. Januar 2019 an sämtliche Instanzen: EU (Parlament, Kommission), BRD (Umwelt-schutzministerin), Land NRW (Umweltschutzministerin), RVR Essen, Kreis Recklinghausen und Stadt Marl. – Wir hätten den Papst und Gott vergessen, reagierten zunächst gewisse Spötter.



Diese Fachaufsichtsbeschwerde hatte Erfolg. Am 12. Juni 2019 rügte das Landesumweltministerium NRW über den

Dienstweg des Regierungspräsidiums Münster auf 8 Seiten den Kreis Recklinghausen und verpflichtete ihn, in einem ersten Schritt bis 31. Dezember 2019 mit Ersatzpflanzungen zu beginnen. Zur Auflage des Landes gehörte auch, dass insgesamt dreimal so viel Ersatzfläche bepflanzt werden müsse, für jeden Quadratmeter gefälltten Baum drei Quadratmeter neue. Gerügt wird in diesem Bescheid des Landes deutlich: ein „Kahlschlag“..., Einsatz schweren Gerätes statt „boden-schonende Baumpflege mit Seilwinden“ u.a.

Diese Rüge ging bei uns Beschwerdeführenden erst Mitte Dezember 2019 ein, obgleich wir davon schon längst gehört hatten – auf dem Munkelweg. Warum nicht auch auf dem Dienstweg? Das Landesumweltministerium entschuldigte sich im Dezember, sie hätten im Sommer 2019 bei dem extremen Wetter und zu wenig Fachkräften zu viel Arbeit gehabt. – Lächerlicherweise wurden kurz vor Jahresende 2019 anstelle wirklicher Bäume sehr viele Schlehen und andere niedrige Sträucher und nur wenige Buchen nachgepflanzt. – Außerdem gibt es in Marl keine Flächen für Ersatzpflanzungen mehr. – Und in der benachbarten, erst seit 2000 zugelassenen Kleingartenanlage gab es bei Lokalpolitikern Beschwerden gegen eine Beschattung durch die hohen alten Bäume in der „Burg“. Und (so unsere Recherchen) einmal sei nach einem Orkan ein



Ast in der Kleingartenanlage gelandet. Dafür mussten wegen der berühmt-berüchtigten „Verkehrssicherheit“ Hunderte von geschützten alten Bäumen weg!

Was und wem der Verkauf der Bäume als Bauholz und Brennholz an Profit gebracht hat, darüber wird weiter geschwiegen. – Wir bleiben dran.

Hartmut Dreier, lebt seit 1977 in Marl, damals noch „Beispielstadt“ der gewollten Stadtentwicklung im Interesse des Dreiklages: Industrie, Natur und Kultur. Trotz des in 2019 ausgerufenen „Klimanotstandes“ wird dieses Erbe neuerdings ruiniert zu Lasten der Natur; s. auch Peter Schmidt zum Jahnwald in AMOS 4/2019. Fotos: Peter Schmidt

Viktoria Waltz

Oma, woher kommst Du? Du singst so schön...

Migrantengeschichten, ein Schatz wird gehoben

Geschichte ihres Fortgehens und Ankommens zu erzählen, Erfahrungen auszutauschen – das schließt zusammen, gibt Selbstgewissheit. Einmal veröffentlicht wird die persönliche Geschichte zu einem Teil der Erinnerung einer Region. Es erfüllt mit Stolz. Vieles gehört in das europäische Gedächtnis, die Geschichte(n) verweben sich, Erfahrungen sind verallgemeinerbar. Für die Kinder und Enkel ist das Erzählen eine Notwendigkeit – es ist ein Teil ihrer Identität, es hält sie zusammen mit den Vorfahren, deren Sprache sie manchmal schon nicht mehr beherrschen.

Ihre Nachkommen beginnen zuzuhören und staunen, machen Entdeckungen, vieles wissen sie nicht. Als die Tochter von Halit Güner, einem der Bergleute des Projektes „Glückauf in Deutschland“ seine Korrekturblätter vorbeibrachte, schmunzelte sie: „Jetzt weiß ich, dass auch Papa mal sein Examen nicht gleich geschafft hat und ‚nachsitzen‘ musste.“ Der schwierige Anfang war allerdings wohl nie Thema zu Hause.

Wie war es also damals, als die Väter mit 15 Jahren im „Türkenexpress“ von Istanbul über München ins Ruhrgebiet reisten? Die Wissensprüfung und den Gesundheitstest hatten sie bestanden, teils bange aber gierig auf Abenteuer fuhren sie im Herbst 1964 einem neuen Leben entgegen. Die Türkei war politisch und wirtschaftlich in der Krise, zu Hause würde es nur zum Barbier oder Schustergehilfen reichen. Für eine gute Ausbildung in der Armee brauchte man Beziehungen. Als die Vertreter der Ruhrgebiets-Zechen mit den türkischen Arbeitsämtern in den Volkshäusern bei Eltern um ihre Kinder warben, schienen Träume verwirklicht. Murtaza K. wollte unbedingt Ingenieur werden. Bekir S. wollte dem Dorfleben unter missgünstigen Nachbarn entkommen. Hasan A. sah sich schon im Urlaub mit den weichen italienischen Stiefeln im Teehaus aufkreuzen.

Sie sollten, so sagten die Werber, eine gute Ausbildung bekommen, in einer deutschen Bergarbeiterfamilie in Pestalozzidörfern betreut werden und – wenn sie fleißig wären – als Ingenieure zurückkommen. Wer wollte da nicht dabei sein? Die Eltern waren skeptisch, aber sahen auch die Chance für die Söhne, die ihnen im Alter eine Hilfe sein könnten. Aber konnten sie auch nur ahnen, was die Jungen erwartete? Im Rückblick sagte Recep C., „Wenn ich mich heute entscheiden müsste, würde ich es nicht noch einmal tun.“ Er bekam kein Stipendium für sein Studium und lebte beständig unter Existenzangst. Nur sein fester Glaube und die Saz retteten ihn vor dem Selbstmord. Hasan A. bereute seine Entscheidung schon nach den ersten Wochen. Zu dunkel, zu hart und schmutzig war das Leben eines Bergbaulehrlings. Oft saß er auf dem WC und weinte bitterlich. Nur seine Pestalozzimutter, Paula B. half ihm, nicht aufzugeben. Er musste doch als Ingenieur zurückkommen! Arif S. verdankte seine Ausreise einem Zufall. Sein Vater wurde als „zu alt“ ausgemustert und er musste an seiner Stelle gehen. Er resümiert: „Wir waren überhaupt nicht vorbereitet, wussten kaum etwas über Deutschland, nichts von der Arbeit unter Tage, kannten den Alltag der Deut-

schen nicht und konnten nicht einmal ihre Sprache. Es war eigentlich unverantwortlich, uns so unvorbereitet in die Ferne zu schicken. Wir waren doch noch Kinder.“ Heute sagt er dennoch: „Es war eine fantastische Zeit.“ Er kostete mit seiner späteren Frau Evelyn alles aus, was damals junge Menschen verband: Kino, Tanzen, Freunde, Feste, Reisen! Sie waren jung, hatten zwar wenig Geld, Evelyn arbeitete als Sekretärin, Arif studierte, aber sie genossen das Leben!

Ein Stipendium für das Studium verpflichtete die angehenden Ingenieure für weitere fünf Jahre bei der Zeche, der



Wunsch nach einer Familie ließ sie Ausschau halten. Wer eine deutsche Freundin hatte, musste die Eltern in der Türkei überzeugen. Aber auch diese Frauen hatten einiges auszuhalten: Ausgehverbot, Taschengeldkürzung, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche. Die Söhne

von Gabi K. können sich heute die damalige Situation Anfang der 70er Jahre gar nicht vorstellen. Ungläubig lesen sie, dass es für sie zu Hause und in der Nachbarschaft der Zechensiedlung nicht leicht war, einen „Türken“ heiraten zu wollen. Denn für die heutige Generation ist das Zusammensein mit ihren türkischen Kusinen in der Türkei und ihren deutschen oder griechischen Freundinnen hier im Ruhrgebiet Normalität geworden. Gabi K. hat dafür gesorgt. Sie lernte schnell türkisch, besuchte die Schwiegereltern jedes Jahr und ist heute die beliebte Tante, die alle in die Museen und zu den antiken Stätten der Ägäis-Küste führt. „Ich habe zwei Heimaten und zwei Familien gewonnen!“ sagt sie.

Türkische junge Mädchen mussten nicht überzeugt werden, einen Ingenieur in Deutschland zu heiraten. Das konnte nur Glück bedeuten. Aber der Anfang war unvorstellbar schwer. Sie kamen aus einem in vielfältigem Sinne warmen Land und fanden nun buchstäblich nichts vor, was ihren Wünschen entsprach. Kein „Willkommen“, keine freundlichen Nachbarn, keine Hilfe. Ein Zimmerchen bei den ehemaligen Pestalozzieltern in einer grauen Umgebung, eine Junggesellenbude neben der Kokerei, eine Kleinstwohnung in einem Plattenbau in Scharnhorst, oder auch nur ein Bett im Wohnzimmer von Verwandten – das sollte ihr zukünftiges Zuhause sein? Ihr frisch vermählter Ehemann war kaum für sie da, kam müde und verdreckt aus der gefährlichen Bergbauhölle nach Hause und musste immer dann, wenn es gemütlich wurde und regelmäßig mitten in der Nacht zur vierten Schicht heraus – das war der Job ihres Ingenieurs? Wie sollte sie ohne Sprachkurs, ohne Hilfe je ihren Weg in diese neue Gesellschaft fin-

den? Erst der Umzug in eine Wohnung einer Zechensiedlung erleichterte allen das Leben. Endlich gab es freundliche und türkische Nachbarschaft, Gespräche, Erfahrungsaustausch, Kaffeelesen.

Nur dank der Kraft und des starken Willens vor allem der Frauen wurde die Einwanderung eine erfolgreiche Familiengeschichte. Manch eine wurde dabei krank. Münevver K. schrieb heimlich traurige Gedichte und sehr sehnsüchtige Briefe an die Familie in der Türkei. Erst die Kinder krönen heute die Anstrengungen. Sie haben zumeist studiert, gute Jobs, sind in beiden Kulturen zuhause und lieben diese „beiden Heimaten“. Bekirs Frau Hadice konnte mit seiner Unterstützung sogar ihren von Kindheit an gehegten Wunsch erfüllen: ein Studium. Sie wurde Sozialwissenschaftlerin und verhalf in EU-Projekten anderen eingewanderten Frauen zu Ausbildung und Beruf.

Nicht viel anders ging es den in den 90er Jahren eingewanderten Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion (SU), die mit etwa 0,8 Mio. neben der heute etwa 1 Mio. großen türkischen Gemeinde in NRW und auch im Ruhrgebiet die nächst größere Gruppe bilden. Sie waren mehrheitlich „Russlanddeutsche“ mit ihren russischen Angehörigen und jüdische „Kontingentflüchtlinge“. Was trieb sie damals nach Deutschland? Endlich in die Heimat ihrer Vorfahren zurückzukehren? Diese kannten sie ja zumeist gar nicht. Es waren vor allem die Folgen der Perestroika, die sie vertrieb. „Wir holten die alten Filzstiefel für den Winter aus dem Keller, wir hatten kein Geld und es gab auch nichts mehr zu kaufen: die Zukunft war schwarz!“ Vor allem die erwachsen gewordenen Kinder suchten eine Perspektive. Tausende entschieden zu gehen. „Wir mussten fast alles zurücklassen. Niemand kaufte mehr dein Haus oder die Möbel, Du konntest alles verschenken. Was passte schon in zwei, drei Koffer?“ Das allerwichtigste war das Arbeitsbuch, in dem die gesamte Beschäftigungszeit aufgelistet war und als Beleg für Rentenansprüche galt. Das wussten auch die Banden, die schnell zur Stelle waren und manchen Reisebus nach Moskau zum Flughafen stoppten und Lösegeld verlangten, andernfalls das Arbeitsbuch mitnahmen. So war schon die Ausreise schwierig, aber auch das Abschiednehmen von einer ganzen Lebensperiode. Frieda S. denkt immer noch wehmütig an ihre Zeit in der Kulturgruppe der Kolchose, wo sie mit ihrem geliebten Mann auf den Festen und auf den Feldern für Fröhlichkeit und Zuversicht sorgten. „Viktor hielt es hier nicht aus. Er war so tief mit unserem Dorf verbunden und fühlte sich einsam hier. Alle paar Monate fuhr er wieder hin, machte in der Kulturgruppe mit, sang und spielte, war glücklich. Er starb dort. Heute sehne ich mich zurück und möchte neben ihm begraben werden.“

Anders als die türkischen Männer und Frauen kamen sie mit ihrem gesamten Familienverband, oft sogar mit dem ganzen Dorfverband. Das war dann schon Hilfe. Aber auch sie kamen in ein ihnen unbekanntes Land, sprachen zumeist nur russisch und wohnten ziemlich lange in Baracken und Containern, ehe ein normales Leben beginnen konnte. „Wir fanden uns später in Großsiedlungen wieder wie Scharnhorst in Dortmund – kamen von einer Plattenbausiedlung, den ‚Chruschewskaja‘, in eine andere! Wir waren in Russland die ‚Deutschen‘, hier nannte man uns die ‚Russen‘. Verkehrte Welt. Und man neidete uns, dass wir sofort Deutschkurse be-

kamen und Rentenansprüche stellen konnten.“ Heute ist auch das alles vergessen. Auch ihre Kinder haben studiert, die Enkel sind ihr ganzer Stolz. Sie alle sind von den Erzählungen begeistert, wollen mehr wissen, der Dialog hat begonnen!

Viktoria Waltz ist gelernte Architektin. Sie hat in den letzten Jahren für den Verein für Internationale Freundschaften (VIF) gemeinsam mit Cornelia Suhan an Fragen der Immigration nach Deutschland gearbeitet. Foto: Cornelia Suhan

Lesetipps

Matthias Dohmen (Hrsg.)

Der Mann, der keinen Bahnhof kaufen wollte

Verlag Ralf Liebe, ISBN 978-3-944566-91-7

„Ein guter Kumpel“

Eine Geschichte „von unten“ aus dem Leben seines Schwiegervaters hat der Journalist und Autor Matthias Dohmen zusammengestellt: Fritz Teschner war Hauer auf dem Bergwerk „König Ludwig“. Er hat von Breslau bis Recklinghausen ein Leben geführt wie sicher viele andere. Das Besondere: an ihn erinnern sich in dem kleinen Büchlein „Der Mann, der keinen Bahnhof kaufen wollte“ viele Menschen aus seiner Familie und dem Bekanntenkreis; die Nachbarn fassen zusammen: „Er war ein guter Kumpel“. Das Leben des Fritz Teschner von 1923 bis 2016 in kleinen Bildern, Erzählungen, Fotos und Dokumenten zeigt eine Sozial- und Familiengeschichte vor allem der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, denn vom Krieg wollte Fritz Teschner nicht mehr erzählen. Auch seine Arbeit unter Tage kommt nur kurz weg, dafür viele Erinnerungen an einen fleißigen, familienfreundlichen Bergmann. Hobbys wie Malen, Monopoly-Spiel (daher der Buchtitel!) oder seine Autos, seine Bücherliste und Pfeife erhellen ein langes Leben mit vielen Interessen und viel Arbeit. Wer nur die eher private Familiengeschichte samt (etwas unübersichtlichem) Stammbaum erkennt, übersieht, dass dies Büchlein auch ein Teil einer Sozialgeschichte der Immigration ins Revier ist.

Rolf Euler

Tim Rieniets, Christine Kämmerer, StadtBauKultur NRW (Hrsg.)

Architektur der 1950er bis 1970er Jahre im Ruhrgebiet

Dortmund 2019, Verlag Kettler, 232 S., 121 Abb.,

ISBN 978-3-86206-755-8

Unter dem Slogan „als die Zukunft gebaut wurde“ publiziert der Verlag Kettler unter der Herausgeberschaft von Tim Rieniets und Christine Kämmerer im Namen von StadtBauKultur NRW einen Führer entlang der Architektur der 1950er bis 1970er Jahre im Ruhrgebiet. Und es ist sehr lohnend dieser Wegbeschreibung zu folgen, denn sie zeigt in kluger baugeschichtlicher Übersicht den experimentierfreundlichen Elan im Wiederaufbau der im reaktionären Faschismus verbrannten Region. Man wollte damals der demokratischen Zukunft ein Zuhause geben, Bildung und Kunst zu avantgardistischen Visionen verhelfen, die Arbeitswelten humanisieren, die Freizeit kultivieren und das Niveau des Massenkonsums erhöhen. Und folgt man der mit dieser Veröffentlichung vorgeschlagenen Bildungsreise jetzt ein halbes Jahrhundert danach Punkt für Punkt, vom Rathaus Marl zur Wohnstadt Wulfen, über die ersten Großkaufhäuser an der B1 zum Bochumer Fußballstadion, zur Ruhruniversität, über Karstadts Hauptverwaltung in Essen bis zum Lehmbruck-Museum in Duisburg, so wird es dem kritischen Betrachter leicht gemacht, die damaligen ästhetisch und ideologisch begründeten sozialen Versprechen abzugleichen mit dem Erreichten, Architektur historisch begründet politisch zu bewerten.

Parallelveröffentlichungen StadtBauKultur NRW: Big Beautiful Buildings („Als die Zukunft gebaut wurde“, Bildband und „Die Nachkriegsmoderne im europäischen Diskurs“, Texte), im Verlag Kettler.

Robert Bosshard

Alfred-Jürgen Wolff / Wolfgang Dominik

Netzwerk für Flüchtlinge in Bochum-Laer

2015 wurden mehrere tausend Flüchtlinge Bochum zugeteilt. Vor allem VertreterInnen der Ev. Kirchengemeinde gründeten aus diesem Anlass das Netzwerk, aber sofort machten auch nicht konfessionell gebundene und politisch und/oder karitativ engagierte BürgerInnen mit.

Bund, Länder und Kommunen waren total überfordert. Die Unterbringung und Versorgung waren improvisiert. Die medizinische Versorgung und eine psychologische Betreuung waren nicht vorhanden.

Unsere Hilfe begann im Sommer 2015. Zunächst ging es um die Sicherstellung der Grundversorgung wie Hygieneartikel, Kleidung, Babynahrung, Spielsachen für Kinder und dadurch auch um den Aufbau von Vertrauen durch das „Café Welcome“. Jeden Sonntag wurde zum Kaffee für 15 Uhr eingeladen, Kuchen spendeten die beiden örtlichen Backwarengeschäfte oder wurde selbst gebacken. Zu der Zeit waren 45 Menschen in der Turnhalle der Grundschule Laer untergebracht. Ohne die tätige, auch finanzielle Unterstützung wäre die Versorgung nicht gelungen. Dass auch Babys und Kleinkinder bei den Flüchtlingen sein könnten, war zunächst für die Stadt eine Überraschung. Also sprangen für die städtischen Versäumnisse die „Ehrenamtlichen“ ein.

Das Netzwerk sammelte die ersten Erfahrungen im Umgang mit der Betreuung der Flüchtlinge.

Im März 2016 eröffnete das Camp oder besser: Lager an der Alten Wittener Straße mit 450 Menschen. Das Lager lag mehr oder weniger auf dem freien Feld von einem stacheldrahtbewehrten Zaun umgeben. Bis zu Ärzten, Einkaufsmöglichkeiten, Gemeindehaus waren es 15 Minuten Fußweg. In jedem Zelt lebten unter eigentlich menschenunwürdigen Verhältnissen 72 Menschen in 4-Bett-Zellen (doppelstöckige Betten, kaum Platz für Kleidung, Zellen nach oben offen). Toiletten und Duschen waren zu wenige eingeplant. Man hörte jedes Husten oder Weinen eines Kindes



durch das ganze Zelt. Eigene Kochmöglichkeiten waren zunächst nicht vorgesehen. Die Flüchtlinge saßen fast den ganzen Tag untätig herum. Die ersten „Interviews“ ließen z.T. Jahre auf sich warten.

Für uns NetzwerkerInnen war es überraschend, dass trotz sprachlicher, kultureller, religiöser, politischer, nationaler, ethnischer Heterogenität eigentlich nichts Ernsthaftes in dem Lager an Aggressionen passierte. Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien, Iran, Irak, Kurden aus dem Osten der Türkei, Ghana, Eritrea, ... wurden „wild zusammengewürfelt“.

Wir diskutierten, ob wir unsere Aktivitäten weiterführen

sollten. Es fanden intensive Gespräche mit den Betreibern Caritas und Diakonie statt. Es gab keine Vorgabe der Stadt Bochum zu dem zu erbringenden Leistungsumfang der Betreiber. Die Arbeitsteilung zwischen Betreiber und NetzwerkerInnen wurde abgestimmt.

Organisation im Netzwerk

Wir bildeten Arbeitsgruppen, die sich um das sonntägliche „Café Welcome“, um Sprachkurse, um ÜbersetzerInnen, um eine Kleiderkammer, um die medizinische Versorgung oder Sport- und Spielangebote, Fahrräderorganisation und -reparatur und die Außenanlagen der Zelte kümmerten. Das Lager war von einem hohen Zaun umgeben und Betreten oder Verlassen wurde durch eine Security Organisation überwacht.

Wir erreichten: Unterstützung bei Behördengängen und alltäglichen Herausforderungen, mehr als 50 Personen in Wohnungen vermittelt, Familiennachzug in 5 Fällen, Vorbereitung auf BAMF-Interviews, Arztbesuche, Anmeldung in Kindergärten und Schulen, Unterstützung bei Klagen vor den Verwaltungsgerichten, bei Bewerbungen für Praktika und Arbeitsplätze, und vieles mehr.

Ist Netzwerkarbeit für Flüchtlinge weiterhin erforderlich?

Ja, unbedingt. Die gerade angedeuteten Probleme sind geblieben. Durch bestimmte flüchtlingsfeindliche Parteien und deren große Erfolge wird das allgemeine gesellschaftliche Klima gegenüber Flüchtlingen noch aggressiver als es eh schon war. Die Älteren erinnern sich an Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Solingen...

Mehr und mehr entwickelte sich eine Einsicht:

Flüchtlingshilfe muss politisch werden, um nicht durch ehrenamtliche Arbeit Mängel im System auszugleichen und so eine falsche Flüchtlingspolitik noch dauerhaft zu stabilisieren.

Was macht die Arbeit als Ehrenamtlicher so interessant?

NetzwerkerInnen machten selbst wertvolle Erfahrungen durch ihren Umgang mit den Flüchtlingen. Notwendigerweise lernten sie sehr viele Kompetenzen im Umgang mit Behörden und deren Kommunikationsstrukturen. Sie mussten in einem Ortsteil agieren, der von Anfang an kritische Fragen stellte. Und durch bittere politische Erfahrungen lernten die NetzwerkerInnen viel über eine Politik, die in Sonntagsreden von Menschenrechten nur so dröhnt, im Umgang mit Flüchtlingen oft das Gegenteil beweist. Diese Nachhilfe im politischen Unterricht stärkt auch ihre sonstige Teilhabe am politischen Leben in der hoffentlich mal zu verwirklichenden Zivilgesellschaft.

Da Netzwerke nicht finanziell abhängig sind von Parteien, Kirchen, sonstigen „Influencern“ können sie auch unabhängig arbeiten.

Ein Höhepunkt war die Seebrücke-Demonstration in Bochum 2019. Selbst die kühnsten Optimisten hätten nie 8.000 BochumerInnen prognostiziert, die dann tatsächlich dabei waren. Sicher hatten die Netzwerke auch anderer Stadtteile ihren Anteil.

Aus der (tatsächlichen?) Willkommenskultur ist eine Haut-bloß-ab-Un„kultur“ geworden. Und das endgültig be-

siegelt durch die Gesetzgebung der GroKo vom Herbst 2019: Flüchtlinge kommen nach ihrer Ankunft in ZUEs/Ankerzentren (Kinder ohne Kitas bzw ohne Zugang zu Schulen u.a., s. *AMOS* 2|2019, S.7ff (Marion Lillig) bzw auf der homepage: amos-zeitschrift.de/*AMOS* 2019-2, S.7 ff)

Alfred-Jürgen Wolff, Jg. 44, Ingenieur, z.T. in aller Welt tätig, Netzwerker der 1. Stunde in Bochum-Laer

Wolfgang Dominik, Jg. 44, ehemals Lehrer für Geschichte, Soziologie, Psychologie, Religionskritik. Mitglied der DFG-VK, VVN-BdA, GEW, seit „ewigen Zeiten“ auch aktiv im Friedensplenum Bochum ...

Hartmut Dreier

Datteln 4 Anfang Februar 2020: Vorbeugehaft gegen bekennende Klima-Aktive. Wer ist der/die Nächste?

Gelegentlich fahren wir privat nach Castrop-Rauxel mit medizinischem Ziel. Wir kommen dann unterwegs an dem Kohlekraftwerk „Datteln 4“ vorbei, sind immer wieder bestürzt angesichts dieses weithin sichtbaren Monstrums und sind glücklich, wenn es nicht dampft. Gelegentlich haben auch wir dort demonstriert, dass „Datteln 4“ überhaupt nicht mehr ans Netz gehe. – Bei einer andern Gelegenheit fuhr ich kürzlich an diesem Monstrum vorbei und besuchte Johannes „Hambi Potter“, der in Henrichenburg zwischen Datteln und Castrop-Rauxel seit Oktober 2019 in der 250-jährigen Eiche bei Wind und Wetter rund um die Uhr wohnt. Um diese wunderbare alte Eiche zu retten. Ein Investor will dort Wohnungen bauen und der Baum steht im Weg, muss also weg (s. Ulrich Haepke in *AMOS* 4|2019). Der 21-jährige Johannes „Hambi Potter“ ist als Theologie-Student an einer Uni immatrikuliert und er glaubt, was er täglich in der Bibel liest („Die Erde ist Gottes“ in Psalm 24. „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ in Apostelgesch. 5,29. „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ in Math. 6,24). – Johannes ist für mich ein moderner Amos.

Seit Februar 2020 bin ich nicht mehr sicher, ob ich nicht eines Tages im Umkreis von „Datteln 4“ durch Polizei gestoppt werde, unser/mein Auto durchsucht wird, der Personalausweis und Fahrzeugpapiere und eigene zahlreiche digitale Spuren überprüft werden und ich in Vorbeugehaft ins Polizeipräsidium verfrachtet werde. Oder ob es vorsichtshalber ratsam wäre, sehr weiträumig „Datteln 4“ zu umfahren bei unsern nächsten Reisen nach Castrop-Rauxel oder zu Freund Johannes „Hambi Potter“ in Henrichenburgs Eiche, um nicht zu erleben, was in Datteln am ersten Februarwochenende 2020 einige Klima-Freunde aus Münster erleben mussten.

Sie (Dr. theol. Julia Lis, Benedikt Kern und Nils Laackmann) waren vom Institut für Theologie und Politik (ITP) in Münster aus unterwegs in Datteln und wurden abends von der Polizei gestoppt, rundherum durchsucht, ihr Wagen beschlagnahmt, weil dort einige Decken, Proviant und eine Sprühdose für winterlich vereiste Windschutzscheiben gefunden wurde. Die drei wollten an diesem Wochenende die Situation am umstrittenen Kohlekraftwerk „Datteln 4“ beobachten; in der

Rolle „teilnehmender Beobachter“, was sozialwissenschaftlich gang und gäbe ist und auch zweckmäßig, wo es doch in Konflikten bei medialen, öffentlichen Debatten und bei Gerichtsverhandlungen wichtig ist, mehrere Seiten dokumentieren zu können. Der Polizeicomputer zeigte beim digitalen Profil dieser drei vom ITP vielleicht, dass das ITP am 18. – 20. Oktober 2019 im Rheinischen Braunkohlerevier die „Klimasynode von unten“ organisiert hatte und eine ökologisch klare Erklärung an die gleichzeitig in Rom beim Papst Franziskus tagende „Amazonassynode“ adressiert hatte. Jedenfalls wurden sie an diesem späten Abend in Vorbeugehaft nach Recklinghausen verbracht. Dort wurden sie – eine Frau und zwei Männer, wie sie berichten – halb-nackt ausgezogen in alle menschlichen Öffnungen hinein untersucht, dann in diesem wenig bekleideten Zustand in Einzelzellen gesperrt, morgens wurden sie entlassen. Kontakt zum Rechtsanwalt wurde ihnen versagt. Aber die Entlassung war verbunden mit der Auflage, drei Monate lang weiträumig die Region rings um das Kraftwerk Datteln 4 nicht wieder zu betreten.

Was das Polizeipräsidium Recklinghausen davon hält, ist auf deren homepage nachlesbar. Was die drei davon halten, sagten sie am 11. Februar 2020 in Münster bei ihrer Pressekonferenz; viele Medien haben davon berichtet (s. www.itpol.de). B90/Die Grünen haben bereits eine Anfrage im Landtag NRW beantragt. Rechtsanwalt Achelpöhl hat zwei Anzeigen wegen Freiheitsentzug und gegen ihre Haft-Unterbringung gestellt; sein Eilantrag gegen das Betretungsverbot rings um Datteln 4 hatte inzwischen Erfolg. Das ITP hat zusammen mit weiteren Gegnern von „Datteln 4“ für Sonntag, 16. Februar mittag zu einer Mahnwache dort am monströsen Dinosaurier aufgerufen.

Die Kohlepolitischen Fehlentscheidungen der Regierungen in Berlin und Düsseldorf und Polizeieinsätze dieser Art bereiten ein „Klima“ vor, so dass vermutet werden kann: „Datteln 4“ wird möglicherweise in diesem Jahr 2020 das, was der „Hambacher Forst“ im Jahr 2018 war.

Hartmut Dreier wuchs im Weserbergland auf, war in seiner Kindheit und Jugend gerne im Solling. Seit 1969 im Ruhrgebiet und beim *AMOS*.

Jürgen Klute

Die Zukunft der Arbeit im Ruhrgebiet (Teil 2)

Im ersten Teil (*AMOS* Heft 4|2019) habe ich einige recht traditionelle Möglichkeiten aufgezeigt, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sowohl in der öffentlichen Verwaltung und im Pflegebereich wie auch aufgrund der mangelnden Instandhaltung technischer Infrastruktur und politisch verweigerter öffentlicher Investitionen in eine zeitgemäße Technologie wäre es kurzfristig möglich, kurzfristig neue Arbeitsplätze zu schaffen im Ruhrgebiet.

Allerdings ist damit noch nicht die Frage nach der Zukunft der Arbeit in einer digitalisierten Gesellschaft beantwortet. Manche Studien sagen den Verlust von rund der Hälfte der heutigen Arbeitsplätze voraus. Andere Studien sind zurückhaltender. Die zurückhaltenderen Studien schauen nicht nur auf den Verlust bestehender Arbeitsplätze, sondern kalkulieren damit, dass durch die Digitalisierung auch neue Arbeitsplätze entstehen. Diesbezügliche Aussagen auf eine kleine Region wie das Ruhrgebiet herunter zu brechen scheint mir schwierig zu sein, da es sich um globale Entwicklungen handelt, die – wie das Beispiel China zeigt – globale Verschiebungen zur Folge haben werden und auch schon haben. In einigen Bereichen hat China sein Ziel, nicht mehr am unteren, sondern am oberen Ende globaler Wertschöpfungsketten zu agieren, bereits erreicht. Siehe die Diskussionen um Huawei.

Eine weitere Frage ist, welche Rolle die Klimakrise haben wird. Ein Ersatz fossiler Stromproduktion durch eine klimafreundliche Energieproduktion wird die heute geopolitische Landkarte tiefgreifend verändern, da dann Öl seine heutige Bedeutung verliert. Ein solcher Wechsel in der Energieproduktion ist wiederum eng verbunden mit der Digitalisierung, die zur Steuerung der Stromnetze erforderlich ist.

Wie tiefgreifend die Veränderungen im Rahmen der Digitalisierung sind, mag ein Blick auf eine Veranstaltung der Europäischen Kommission vom Oktober 2019 zeigen („Digitalisation in a low growth environment“, Brüssel, 10.10.2019). In dieser Veranstaltung stand die Frage nach dem Verhältnis von Wachstum und Digitalisierung im Zentrum. Die am Kings College London arbeitende Wissenschaftlerin Mary O'Mahony verwies darauf, dass einerseits in einer älter werdenden Gesellschaft mehr Menschen in Pflegeberufen gebraucht werden. Andererseits verwies sie darauf, dass heute viele Arbeiten, die vor Jahren noch als Erwerbsarbeit verrichtet wurden, heute von Konsumenten erledigt werden: Also z.B. das Aussuchen von Bahnverbindungen im Internet und das Buchen der Tickets über eine Webseite. Das, so O'Mahony, sei auch Arbeit, aber da sie nicht bezahlt wird, fließt sie auch nicht in die Messung des Wirtschaftswachstums ein. Daher forderte sie eine Reform der Messung von Wachstum.

Ein weiterer Aspekt in dieser Veranstaltung war der Verweis darauf, dass keineswegs die Arbeit weniger wird, wie das vorgenannte Beispiel andeutet. Kunden werden in gewisser Weise mehr und mehr in die Erbringung von Dienstleis-

tungen einbezogen, ohne dass sie dafür bezahlt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht so sehr die Frage nach der Arbeit, sondern die Frage nach der Bezahlung bzw. nach der Verteilung des erwirtschafteten Wertes.

Neben der skizzierten unbezahlten Arbeit wird es in einer digitalisierten Gesellschaft eine Reihe von hochgezahlten – weil hochanspruchsvollen – Jobs geben. Auch darüber bestand Konsens in der genannten Veranstaltung. Die entscheidende politische Herausforderung wurde vor allem darin gesehen, wie mit dieser sich abzeichnenden weiteren Spaltung zwischen hoch- und schlecht bezahlten Jobs umzugehen ist.

Als zentrale Voraussetzung für eine digitale Wirtschaft wurde eine möglichst gute Bildung beschrieben, die junge Menschen gut auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet. Denn Software wird ja nicht einmal entwickelt und ist dann für immer vorhanden. Sie muss selbstverständlich weiterentwickelt und auch gepflegt werden. Und selbst wenn man sich eine Gesellschaft vorstellt, deren Mobilität über selbstfahrende Fahrzeuge sichergestellt wird, müssen diese Fahrzeuge auch in Stand gehalten und gelegentlich durch neue ersetzt werden.

Das wird z.B. an der Diskussion um E-Roller sichtbar. Eine vergleichbare ablehnende Haltung gibt es in den Nachbarländern nicht. Es fällt aber auch auf, dass in Nachbarländern ständig Teams mit Fahrzeugen unterwegs sind, die E-Roller oder auch Leihfahräder einsammeln, neu verteilen, aber auch zur Reparatur und Pflege in entsprechende Werkstätten bringen. In der Bundesrepublik scheint man eher zu glauben, dass diese Fahrzeuge sich selbst in Stand halten.

Auch auf der besagten Veranstaltung der EU-Kommission fiel auf, dass man in der Bundesrepublik ein etwas eigenwilliges Verständnis der Digitalisierung einer Gesellschaft hat. Es waren zwei Vertreter des Wirtschaftsministeriums zu einer kurzen Kommentierung der Hauptvorträge eingeladen. Zum Thema Bildung haben sie kein einziges Wort verloren, aber dafür haben sie viel von der Subventionierung einer neuen großen Produktionsstätte für Batterien für E-Autos erzählt. Manchen der ZuhörerInnen hat das ein leichtes Grinsen entlockt, als sie hörten, was sich die Bundesregierung unter Digitalisierung vorstellt.

Bevor Frau über die Zukunft der Arbeit im Ruhrgebiet in einer digitalisierten Gesellschaft nachdenkt, muss man zunächst einmal feststellen, dass PolitikerInnen noch immer ignorieren, was Digitalisierung bedeutet und welche Konsequenzen daraus zu ziehen wären. Solange die zentrale Rolle der Bildung im Rahmen der Digitalisierung nicht anerkannt und die entsprechenden Konsequenzen daraus gezogen werden, erübrigt es sich, über die Frage der Zukunft der Arbeit in einer digitalen Gesellschaft zu reden: Unter den gegebenen Voraussetzungen in der Bundespolitik gibt es keine Zukunft der Arbeit.

Ebenso bleibt die Frage nach einer Verteilung des Wohlstandes in einer digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft, die mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht mehr wie in der Industriegesellschaft im wesentlichen über die Erwerbsarbeit funktioniert, derzeit von der Politik unbearbeitet.

Als Antwort auf die Frage der Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes wird seit Jahren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Ecken ein (bedingungsloses) Grundeinkommen vorgeschlagen – zunehmend auch aus dem IT-Sektor. Die zur Debatte stehenden Konzepte sind sehr unterschiedlich. Darauf im Einzelnen einzugehen ist hier nicht der Ort. Als Teil der Verteilungsfrage gehört diese Debatte aber zur Frage der Zukunft der Arbeit in einer digitalisierten Gesellschaft hinzu. Eine wahrscheinlich klügere Verteilervariante als ein Grundeinkommen – das sei an dieser Stelle aber noch angemerkt – liegt der Zur-Verfügung-Stellung günstiger oder kostenfreier öffentlicher Dienstleistungen: Neben den klassischen öffentlichen Diensten wie Bildung könnten Zugang zum Internet, Grundversorgung mit Energie, öffentliche Wohnungen, öffentliche Mobilität, etc. treten. Dieses Konzept gilt als effizienter in der Armutsbekämpfung und wird von Gewerkschaften priorisiert. Eine Lösung der Verteilungsfrage könnte in einer geschickten Kombination aus regionalen Währungen, kostenfreien bzw. günstigen hochwertigen öffentlichen Diensten und einem Grundeinkommen bestehen.

Eine preisgünstige oder kostenfreie Mobilität würde dann durchaus auch Arbeitsstellen schaffen. Das gleiche gilt für den Wohnsektor. Wie die Stadt Wien zeigt, sind rund 30.000 Arbeitsstellen an den dortigen öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnsektor gebunden. Frau muss also nicht, wie in der Bundesrepublik in der Vergangenheit teils geschehen, öffentlichen Wohnbau in einem desolaten Zustand betreiben.

Bezahlbar wäre das durchaus im Rahmen einer veränderten Steuerpolitik. So gibt es etwa den Vorschlag, in Anlehnung an GEMA oder VG-Wort, Internet-Konzerne in einen Fond einzahlen zu lassen für die Nutzung von Daten ihrer Kunden. Denn die Daten, von deren Auswertung die Internet-Konzerne im Wesentlichen leben, gehören ja nicht den Konzernen, sondern den Nutzern. Aus diesen Nutzungsgebühren ließen sich durchaus Arbeitsplätze im zuvor genannten Bereich finanzieren.

Nimmt man den Klimawandel mit in den Blick, dann kommt man/frau schnell auf das Thema lokale und regionale Wirtschaft. Die Region Brüssel beabsichtigt z.B. in den nächsten zehn Jahren etwa ein Drittel der Nahrungsmittel aus Eigenproduktion der EinwohnerInnen oder aus regionaler Produktion zur Verfügung zu stellen. Für eine Milliarde Euro plant die Region Brüssel zudem in den nächsten zehn Jahren einen FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen freundlichen Umbau der Verkehrsinfrastruktur der neunzehn Brüsseler Gemeinden.

Solche Entwicklungen wären auch für das Ruhrgebiet denkbar. Einzelne Ansätze dafür gibt es. Aber das bleiben dann in der Regel nur so genannte Leuchttürme – siehe das Projekt „Fahrrad-Autobahn“. Ein Umbau der Gesamtstruktur würde hingegen langfristig neue Arbeitsplätze schaffen – sowohl in regionalen Wirtschaftsstrukturen als auch in einer flächendeckenden klimafreundlichen Verkehrsstruktur, die allerdings nur in der Fläche und nicht als Leuchtturm Wirkung zeigt.

Möglicherweise muss frau ergänzend auch über eine doppelte Währung nachdenken: ein Euro, der EU-weit gilt und international konvertierbar ist und daneben Regionalwährungen, die im Rahmen einer lokalen bzw. regionalen Wirtschaft genutzt werden und die nicht von den globalen spekulativen Finanzmärkten aufgesogen werden.

Das A und O bleibt aber derzeit, erst einmal die politischen Voraussetzungen in der Bundesrepublik dafür zu schaffen, die mit der Digitalisierung verbundenen skizzierten Problemstellungen anzuerkennen. Bevor das nicht geschieht, lässt sich auch keine sinnvolle Antwort auf die Frage nach der Zukunft der Arbeit in einer digitalisierten Gesellschaft geben. Dann bleibt die Antwort auf diese Frage schlicht dem Markt überlassen. Dass führt absehbar zu weiteren sozialen Verwerfungen. Die gegenwärtige Entwicklung in der BRD ist aber auch ein Spiegel der gesamten Gesellschaft und der daraus sich ableitenden Politik.

Jürgen Klute, Pfr. i.R., Mitherausgeber und Mitglied der AMOS-Redaktion. Von 1989 bis 2006 war er Leiter des Industrie- und Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne. Von 2007 bis 2009 Referent für Sozialethik an der Evangelischen Stadtakademie Bochum. Von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Die Linke). Seit 2014 freiberuflich tätig. Publizist. Diverse Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Publikationen.

dazu:

9.2.2020, Jürgen Klute an Hartmut Dreier: Je länger ich darüber nachdenke, umso schwärzer sehe ich die Zukunft der Arbeit in der BRD. Das ist eine Folge von Politikversagen und auch gesellschaftlichem Versagen. Politik spiegelt ja auch nur den Zustand einer Gesellschaft. – Meine Tochter sagte mir kürzlich, eine schweizer Freundin in Berlin beobachte mit einer gewissen Faszination, wie Deutschland immer mehr und schneller zu Italien wird: unprofessionelle Politik und Verwaltung (wegen unsäglicher Personalausdünnungen), zunehmende Korruption aufgrund dieser Entwicklungen sowie die zerfallende Infrastruktur. Für jüngere Menschen sei Politik zunehmend uninteressant: zum einen materiell, die Bezahlung ist so viel schlechter als in der Wirtschaft (nicht dass sie die hohen Gehälter in der Wirtschaft unkritisch sieht), und gleichzeitig ist der politische Sektor so starr, dass er keine Spielräume noch für irgendetwas lässt. – Das kann ich aus meiner mittlerweile 15-jährigen parteipolitischen Erfahrung nur bestätigen. Aus meiner Sicht ist der Zug für die Bundesrepublik abgefahren. Sie wird auf bestenfalls ein mittleres Niveau abfallen. Denn es ist mittlerweile viel zu spät, die Versäumnisse noch aufzuholen. Aber die Wählerinnen und Wähler bestätigen alle vier Jahre genau diese Entwicklung als gewollt. Dann wird diese Gesellschaft die Folgen auch zu tragen haben. Es gibt in der EU keinen wichtigen Politikbereich, in dem die Bundesregierung nicht mit Unterstützung der Wählerschaft auf der Bremse steht (die Linke würde genauso auf der Bremse stehen und die SPD macht ja auch munter dabei mit). Da die BRD die größte Wirtschaftsmacht in der EU ist, lässt sich die Bremskraft Berlins auch nicht so einfach aushebeln. | **09.02.2020, Hartmut Dreier an Jürgen Klute:** Ich teile Deine Grund-,Stimmung“ aus meinen Beobachtungen und allerlei Gesprächen. Allerdings frage ich: Warum soll die BRD nicht auf ein normales ärmeres Maß zurückfallen? Wozu all diese Ansprüche, welthegemonial „mehr Verantwortung“ zu übernehmen? Die Frage ist doch, ob die Menschen hier diese Transformation auf ein ärmeres und kleineres Land ertragen werden. | **10.02.2020, Robert Bosshard an Redaktion:** Man sollte noch dazu betonen, dass für diese Entwicklung das Ruhrgebiet als eine noch mögliche (vielleicht noch handhabbare) Avantgarde-Region angeführt werden kann. Dass dies nicht unbedingt die Weltuntergangsstimmung verstärken muss (auch die USA wird, wenn es so weitergeht, im Lauf der nächsten paar Generationen in ihre Einzelteile zerbröckeln), beschreibe ich voller Optimismus wohl oder übel extrem verkürzt im Editorial und Titelbild.

Ulrich Grober

Die Schrift an der Wand. Eine Spurensuche. (im Gedenken an Manfred Walz)

Es ist schon eine kleine Ewigkeit her. Doch wer schon damals, 2004, *AMOS* gelesen hat, wird sich erinnern. Die vorweihnachtliche Jahresgabe bestand aus einer Fotomontage von Manfred Walz. Das Motiv hatte er auf einer Reise nach Sardinien entdeckt: Murales – Wandmalereien – auf den Mauern des Dorfes Orgosolo mit den damals ziemlich frischen Symbolen und Parolen der weltweiten globalisierungskritischen Bewegungen. Ihnen buchstäblich im Herzen eines bitterarmen, gottverlassenen sardischen Bauern- und Hirtenhofes zu begegnen, demonstrativ, in voller Öffentlichkeit und urwüchsiger Pracht – das muss Manfred auf Anhieb tief bewegt und begeistert haben. Im heimischen Ruhrpott, vermute ich, hat er solche Zeichen wohl schmerzlich vermisst. Meine Faszination richtete sich sofort auf die Schrift an der Wand ziemlich am Rand des Bildes: Auf schmutzigblauem und lindgrünem Untergrund, flankiert von Handabdrücken und Sternen, die weißen Lettern wellenförmig angeordnet, erscheint dort der Satz „UN ALTRO MUNDO È POSSIBILE“ – eine andere Welt ist möglich. Manfreds Gabe zierte lange die Pinnwand in unserem Flur. Irgendwann ist das so schön bunte Blatt verschüttgegangen.

*

Anfang Februar 2019, sah ich ein Pressefoto von einer der ersten „Fridays for Future“-Demos. Schauplatz war Frankfurt am Main, das Bankenviertel: Leuchtende Augen, offene Münder. Jemand hat den blauen Planeten aufs Schild gemalt, weiter hinten Sprüche wie „Eispol statt Braunkohle“ und „A hot earth is not cool“. Selfies werden gemacht. Das fröhliche Bild vermittelt etwas von dem Flow, den dieses Ereignis ausstrahlt, macht Lust, sich einzuklinken. Bezaubernd lächelnd reckt ein junges Mädchen aus der ersten Reihe ein lindgrünes, mit Filzstift beschriebenes Stück Pappe schräg in die Kamera: „Another world is POSSIBLE!“. „Eine andere Welt ist MÖGLICH!“ Lange nicht mehr gehört, urplötzlich taucht da die alte Parole wieder auf. Mit neuer Energie geladen und mit einem vielsagenden Zusatz: „We are unstoppable“, wir sind nicht aufzuhalten. Ihre neue Karriere in einer blutjungen Bewegung warf für mich die Frage nach ihren Wurzeln auf. Ich bat Manfred um ein Restexemplar seines Faltblatts, bekam es postwendend und machte mich auf die Suche nach der – wie Manfred mir schrieb – „Ideenlinie“.

*

Nur eine Woche vor der Aktion in Frankfurt hatte Greta Thunberg, die Galionsfigur der „Fridays for Future“ das „Weltwirtschaftsforum“ in Davos aufgemischt. In der winterlichen Glitzerwelt der Schweizer Alpen war das Prozedere dasselbe wie jedes Jahr seit 1981. Unter der Regie des schwäbischen Entrepreneurs Klaus Schwab kamen über 3.000 „global player“ aus Wirtschaft, Politik und Medien zusammen, um ihre „grand strategy“ nachzustimmen. Deren fundamentale Orientierung ist das Bestreben, alles und alle den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen. Ihr Mantra: Wachstum, Produk-

tivität und Wettbewerbsfähigkeit. Ihr Zukunftsdenken kreist um ein „weiter so“ mit Kurskorrekturen auf der Basis eines euphorisch inszenierten Techno-Futurismus. Imprägniert ist es mit dem neoliberalen Credo aus den 1980er Jahren: „Es gibt keine Alternative.“ 2019 sollte es in Davos um eine neue „Architektur der Globalisierung“ gehen und um eine „gemeinsam geteilte Zukunft in einer gespaltenen Welt“. Doch Greta Thunbergs kurzer Auftritt sprengte die Routine und entfaltete medial vermittelt eine weltweit wirksame Dynamik: „Ich bin hier, um zu sagen: Unser Haus steht in Flammen“, erklärte sie mit zunächst zaghafter Stimme. Angereist war sie mit der Bahn. Übernachtet hat sie in einem Iglu-Zelt im Schnee. „Ich will eure Hoffnung nicht... Ich will, dass ihr in Panik geratet. Ich will, dass ihr die gleiche Angst habt, die ich tagtäglich verspüre. Und dann will ich, dass ihr handelt.“ Die junge Schwedin nutzte das Forum zu einer frontalen Attacke auf die Klasse der Superreichen und Mächtigen. Auf deren Hoffnung, die Welt weiter nach ihrem Bild zu formen, zu verändern, zu optimieren. Auf die ewig folgenlos bleibenden Lippenbekenntnissen zum nachhaltigen Wandel. Da ist etwas Bedeutsames passiert: Die im Diskurs über Nachhaltigkeit so oft beschworene Enkelgeneration ergriff das Wort. Greta Thunberg markierte glasklar einen Antagonismus. Dem Credo dieser Klasse: „Unser way of life ist nicht verhandelbar“ setzte sie eine einzige Gewissheit entgegen: Die lebbar Zukunft für meine Generation und all die folgenden ist nicht verhandelbar. Sie sprach dieser Klasse die angemessene Deutungshoheit über die Zukunft ab.

*

Der kurze Satz von der „anderen Welt“ war von Anfang an gegen die Macht von Davos gerichtet. 1998 hatte ihn der französische Journalist und Attac-Gründer Ignacio Ramonet zum ersten Mal formuliert. Die Parole sei, schrieb er mir auf eine Anfrage hin, „ein Appell an die Imagination“ gewesen. Sie beinhalte kein Programm, sondern sollte eine Debatte eröffnen. „Diese ‚andere Welt‘ muss erst unter Beteiligung aller, auf demokratische Weise, definiert werden.“ Es ist ein offenes und einladendes Konzept, keine festgezurte Strategie für eine „schöne neue Welt“ oder eine irgendwie „bessere Welt“. Und dennoch ist sie nicht beliebig interpretierbar. Gemeint, so Ramonet, sei immer eine Welt, die „weniger ungerecht, weniger verschmutzt, weniger ungleich und weniger machohaft“ ist. Dafür Spielräume, Denkräume, Möglichkeitsräume zu öffnen, war damals das Ziel.

Die programmatische Sentenz kam auf dem Weltsozialforum 2001 in der brasilianischen Metropole Porto Alegre auf die Weltbühne, der Gegenveranstaltung zu Davos. Dem neoliberalen „There is no alternative“ hielt das Forum seine eigene strategische Parole entgegen: „Um outro mundo é possível“. Erweitert, angereichert und mit Leben erfüllt wurde sie zwei Jahre später, wiederum in Porto Alegre. „Eine andere Welt ist nicht nur möglich. Sie ist im Entstehen. An einem stillen Tag, wenn ich achtsam lausche, höre ich sie atmen.“

Hier ertönte – unverkennbar – eine weibliche Stimme. Es war die Stimme der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy. Ihr schönes Denkbild behauptet sanft und entschieden, dass im Schoß der alten Gesellschaft eine neue heranwache und zu atmen beginne. Die Vorstellungen von Transformation und Durchbruch zu einer „anderen Welt“ werden hier nuanciert von der Metaphorik des keimenden Lebens, des embryonalen Werdens, des Gebärens und der – Entbindung. Nichts bleibt wie es ist. Was wird, taucht schon auf. Die Zukunft hat schon begonnen. Einen achtsamen Blick auf das richten, was geschieht, und dann das, was davon wünschenswerte und lebbarere Zukunft enthält, gelassen und entschlossen begleiten, fördern, stärken, zum Durchbruch, zur „Entbindung“ verhelfen – ein solches Handeln wäre genuin... nachhaltig.

*

Die Parole von der „anderen Welt“ geht aufs Ganze – wie das Prinzip Nachhaltigkeit und die Große Transformation. Sie enthüllt ein Defizit in der heutigen Fixierung auf technische Lösungen und einen „new green deal“. Doch Nachhaltigkeit, richtig verstanden, ist ein neuer zivilisatorischer Entwurf. Wenn man so will: ein Systemwechsel. Eine „andere Welt“ und Klimaschutz, Artenvielfalt und das Recht auf ein gutes Leben für alle – das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Dabei macht die Parole keine Aussage über den Grad an Wahrscheinlichkeit, dass wir die multiplen Krisen des 21. Jahrhunderts meistern werden. Doch sie ist ein starker Einspruch gegen die grassierende Endzeitstimmung, die unser Handeln lähmt statt zu beflügeln. Die zum Nährboden für den neuen Sozialdarwinismus geworden ist, der das Überleben des Stärksten und ein „Rette sich wer kann“ propagiert – eine dumpfe Variante des neoliberalen Kults der Wettbewerbsfähigkeit. Die Parole formuliert dagegen die Gewissheit, dass die Möglichkeit einer lebbareren, lebenswerten und liebenswerten Zukunft real vorhanden ist. Die Optionen dafür offen halten, ist der Anteil an Verantwortung, den jeder und jede im eigenen Umfeld übernehmen kann.

„Eine andere Welt ist möglich“ öffnet unsere Pforten der Wahrnehmung für einen Möglichkeitsraum und dessen Energien und Potenziale. Der Schlüssel dazu liegt freilich nicht isoliert im kognitiven Bereich. An dieser entscheidenden Schwelle kommt das Reich der Emotionen, der Sinnlichkeit und der Werte mit ins Spiel. Mit diesem Sensorium arbeiten die „Pull-Faktoren“, die uns in den Möglichkeitsraum hineinziehen. So erschließen wir uns ein Spektrum von Verhaltens- und Handlungsoptionen. Greta Thunbergs „act!“ erfolgt letztlich immer auf der Basis von Gefühlen. So rückt „Empathie“ in den Kern der Nachhaltigkeitsstrategie. Sie ist eine erneuerbare Ressource, von deren Wachstum alles abhängt. Wir brauchen sie in Zukunft dringender als seltene Erden oder Algorithmen.

*

Empathie ist die zutiefst humane Fähigkeit, sich in ein Gegenüber einzufühlen und hineinzuversetzen, Resonanz zu spüren und auszulösen und an dem „Seelenkontakt“ zu wachsen. Bei dem Gegenüber – und das ist wichtig – kann es sich um ein Naturphänomen handeln, um einen Mitmenschen, oder um ein Artefakt, ein Kunstwerk. Einfachster Ausgangs-

punkt ist der Blickkontakt. Jemand anderem auf Augenhöhe gegenüber zu stehen und sich selbst in der Pupille des anderen, der einen anschaut, wahrzunehmen. Es ist diese Ansicht, sagt der Philosoph Ivan Illich, „die mir Wirklichkeit verleiht“. Empathie ist mehr als Altruismus. Sie schafft eine organische Verbindung von Selbstsorge, Fürsorge und Vorsorge. Insofern ist sie eine Schlüsselkompetenz der Nachhaltigkeit. Alle drei Ebenen von Empathie sind von enormer Bedeutung, wenn die Große Transformation noch gelingen soll. Besonders dringend aber brauchen wir eine neue, empathische Beziehung zur Natur. Zur Biosphäre, dieser hauchdünnen, lebensspendenden Hülle des blauen Planeten, ebenso wie zum Wildnis-Biotop vor unserer Haustür.

Mitten im Ersten Weltkrieg entwarf Albert Schweitzer seine Ethik der „Ehrfurcht vor dem Leben“. Zusammengefasst hat er sie in dem Satz: „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will.“ Das ist exakt die Gegenperspektive zu dem Tunnelblick auf die Krisen und Katastrophen, der uns heute zu lähmen droht. Den jungen Klimaaktivistinnen und -aktivisten wäre für ihre Zukunft eine große Portion von diesem Spirit zu wünschen.

Ulrich Grober ist Journalist und Buchautor auf den Themenfeldern Ökologie und Nachhaltigkeit. Sein voriges Buch „Der leise Atem der Zukunft“ (oekom Verlag, München) erschien 2018 in dritter Auflage. Es erzählt vom „Aufstieg nachhaltiger Werte in Zeiten der Krise“. Er lebt in Marl, in der Seveso-3-Zone. Manfred Walz ist er um 1972 zum ersten Mal begegnet.

weiterlesen und -hören

Lesen: Ulrich Grobers Beitrag in der Zeitschrift Politische Ökologie, Sondernummer „Morgenland. Denkpfade in eine lebenswerte Zukunft“, oekom Verlag Oktober 2019.

Hören: Sein Radio Essay „Eine andere Welt ist möglich“ Erstausstrahlung am 10. Februar 2020 auf SWR2, Podcast in der SWR Mediathek abrufbar.

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- ☐ Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
☐ Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Sebastian Müller

Menschenort 43

Elias-Keller – da ist mehr als Musik drin

Der Elias-Keller ist ein „Treffpunkt für Musik, Theater & Co“ im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld. Er hat im Gemeindezentrum der ev. Kirche seinen Standort. So wirbt er für sich in der Nachbarschaft, im Stadtteil und der Stadt. Er ist das Projekt eines „Vätertreffs“ in der evangelischen Elias-Kirchengemeinde mit rund 10.000 Gemeindemitgliedern in insgesamt 5 Stadtteilen. Die Kirchen sind heute bekanntlich von Schrumpfungprozessen geprägt, was auch die Aktivitätsformate in der Elias-Gemeinde verändert hat, aber auch Innovationen beförderte, neben einigen anderen Gruppen auch den Vätertreff mit 13 Männern, der neue Wege geht. So organisieren beispielsweise einige von ihnen den Elias-Keller, einige andere mit rund 25 weiteren Ehrenamtlichen die „Tafel“ und eine „Kleiderkammer“ im Gemeindehaus. Wiederum eine andere Gruppe baut mit Kindern Seifenkisten und fertigt die Startrampen für die Seifenkistenrennen in Dortmund.



Der Elias-Keller ist ein Musikclub. Hier spielen Amateurbands und SolistInnen aus der Region und ganz Deutschland, oft eine mitreißende Musik. Der Vätertreff hält den Elias-Keller mit seinem Musikprogramm, mit Bier und Bretzeln am Laufen. Und es läuft gut. Meist sind die Konzerte rappellvoll. Der Keller ist wirklich ein Keller. Sein Eingang ist am Kindergarten der Elias-Gemeinde.

In Dorstfeld gab es bis vor wenigen Jahren neben dem Gemeindezentrum eine große stattliche Kirche der Gemeinde. Sie wurde schon vor Jahren wegen Unterauslastung „entwidmet“. Vom Denkmalpfleger in die Denkmalliste Dortmunds eingetragen, war die Kirche nur schwer anders zu nutzen und ist schließlich mit einem tragfähigen Konzept an einen Investor verkauft worden. Heute wird sie als Eventkirche für besondere Anlässe wie Hochzeiten, Feiern, Tagungen etc. genutzt. Die historisch besonders wertvolle romantische Orgel, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts in die Kirche eingebaut wurde, hatte vor dem Verkauf der Kirche nach 2 bis 3 Jahren Suche endlich auch einen passenden Interessenten gefunden. Die Gemeinde der Stadtkirche Gronau wollte genau diese Orgel haben, was den Denkmalschutz dazu bewegte, dem Ausbau, der Instandsetzung und dem Einbau in Gronau zuzustimmen. Anfang April dieses Jahres wird die Orgel dort offiziell eingeweiht. Viele Menschen aus der Elias-Kirchengemeinde werden am Sonntag, 5. April mit einem extra gemieteten Bus zur Einweihung der ehemaligen Dorstfelder Sauerorgel fahren.

Die Elias-Gemeinde ist nicht nur mit neuen Gottesdienstformaten, dem breiten Tätigkeitsspektrum von Konzerten im Elias-Keller und in der Immanuelkirche in Marten, durch ihr Engagement für Tafel und Kleiderkammer, mit einem „Frauenzimmer-Projekt“ etc. aktiv. Gerade in Dorstfeld wollte die Gemeinde schon vor Jahren nicht mehr tatenlos zusehen, wie der rechtsradikale „Nationale Widerstand Dortmund“ und die „Autonomen Nationalisten“ (heute die Rechte) seit etwa dem Jahr 2000 Dorstfeld als ihren Stadtteil ansehen und sich als „liebe Nachbarn“ der Dorstfelder Bürgerinnen und Bürger in die Zivilgesellschaft einzuschleichen versuchen. Feste von Vereinen und Gemeinden wurden von den Neonazis besucht. Der Wilhelmplatz in Dorstfeld wurde und wird heute noch als ihr „Platz“ angesehen und die Umgebung als „Nazi-Kiez“ bezeichnet. Hier sind sie auch heute noch ständig präsent bis hin zu Aufmärschen. Aber das Wichtigste ist den Gemeindegliedern die Überzeugung, dass Menschen „bunt“ – fröhlich und offen, friedlich, in gegenseitiger Achtung und Verantwortung füreinander zusammenleben. Die Abende im Elias-Keller sind geprägt von diesem Miteinander und dieser Haltung.

Da ist eben mehr als Musik drin.

Sebastian Müller ist Soziologe. Er findet es immer spannend, wie Menschen zusammen leben, wohnen und gesellschaftlich aktiv sind. Foto: Anna Musinszki.

Lesetipps zu Palästina

Moshe Zuckermann

Der allgegenwärtige Antisemit oder die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit

Frankfurt a.M. 2018, www.westendverlag.de

Zwischen Ressentiments und Realitätsverweigerung: „Ein Ungeist geht um in Deutschland – es ist, als habe sich der Orwellsche Neusprech ein neues Feld für seine realhistorische Manifestation gesucht und es gefunden: im Antisemitismuskurs des heutigen Deutschland.“ Der sei vergiftet, maßlos perfide, ideologisch borniert. Es gehe aber endlich um eine ehrliche Auseinandersetzung mit der deutsch-israelischen Geschichte.

Petra Wild

Lieblingsfeind Islam. Historische, politische und sozialpsychologische Aspekte des antimuslimischen Rassismus

Promedia 2018 (<https://mediashop.at>)

Bei Promedia zuvor erschienene Titel der Islamwissenschaftlerin:

- Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina (5. Aufl. 2018)

- Die Krise des Zionismus und die Ein-Staat-Lösung (2015)

Abraham Melzer

Die Antisemiten-Macher. Deutschland, Israel und die neue Rechte

Frankfurt a.M. 2017, www.westendverlag.de

Der deutsch-jüdische Publizist und Verleger weiß aus eigener Erfahrung, wie hierzulande Menschen, auch Juden durch Nicht-Juden, zu Antisemiten gestempelt und ausgegrenzt werden, sobald sie die Politik des Staates Israel kritisieren.

Ulrich Duchrow/Hans G. Ulrich (Hrsg.)

Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel

Jenseits von Luthers Feindbildern

Stiftung Hirschler, Januar 2020, 3. Aufl.

Einhard Schmidt-Kallert

Das Ruhrgebiet ist anders!

1wurf

Kürzlich berichteten die Medien über den neuesten Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Demnach ist das Ruhrgebiet die zweitärmste Region in Deutschland, mit einer Armutsquote von 22,7% der Bevölkerung.

Das war keine gute Nachricht. Allerdings, für viele, die hier leben und mit wachen Augen ihre Nachbarschaft und ihre Stadt wahrnehmen, ist es nichts Neues, dass das Ruhrgebiet keine boomende Region ist. Schlaglöcher in den Straßen, marode Schulen und Schwimmbäder, ungepflegte Grünflächen, Löcher im Netz des ÖPNV, Leerstand in vielen Innenstädten und Stadtteilzentren, Schrottimmobilen, Obdachlosigkeit, ja und eben auch Kinderarmut. Viele Probleme sind offensichtlich, andere werden erst auf den zweiten Blick erkennbar.

Aber ich frage mich, wie eine solche Nachricht bei Kommunal- und Landespolitikern ankommt, die seit Jahren das Ruhrgebiet als leuchtendes Vorbild für gelungenen Strukturwandel Deutschland-weit und international verkaufen. Nun kann ja keiner sagen, es wäre seit Beginn der Kohlekrise um 1960 nichts geschehen im Ruhrgebiet. Nein, wirklich nicht. Staatliche Strukturhilfen unterschiedlicher Art, ein Netz von Autobahnen, S-Bahnen und Stadtbahnen, zehn Jahre lang IBA-Emscherpark mit zahlreichen Leuchtturmprojekten, Europäische Kulturhauptstadt 2010, Grüne Hauptstadt, Kulturförderung mit neuen Museen und Philharmonien in jeder zweiten Stadt... Das sind die Highlights von 60 Jahren sozialdemokratisch inspirierter Strukturpolitik im Ruhrgebiet. Und dann? Besucher aus Süddeutschland oder dem Ausland sagen überrascht: „Es ist aber schön grün bei Euch!“ War das alles? Kein Wort zum gelungenen Strukturwandel dieser Metropolregion? Und nun beschädigt auch noch die Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes das Image der Region?

Größenwahn und Minderwertigkeitskomplexe liegen in der Rhetorik von Ruhrgebietspolitikern schon seit Jahrzehnten eng beieinander. Die „größte Metropolregion im Herzen Europas“. Oder doch eher das Armenhaus? Treffend, wie Newsweek einmal titelte: „Germany's faltering powerhouse“. Ist denn das Ruhrgebiet wirklich eine ernstzunehmende Metropole? Ist es überhaupt eine Stadt?

Bei dem Stichwort wird gerne an die Geschichte der europäischen Stadt erinnert. An die europäische städtebauliche Tradition, bei der Kontinuität seit dem Mittelalter postuliert wird, eine Stadt, in der sich alle Bürger mit der Stadtmitte als der sozialen Mitte identifizieren. Später dann Stadt als Ausdruck der Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft mit der Folge relativ geringer Polarisierung und räumlicher Segregation, reguliert durch einen starken Sozialstaat, durch ein starkes Planungssystem.

Das Ruhrgebiet ist anders. Mit diesem Anders-Sein schlagen sich Siedlungsgeographen, Sozialhistoriker und Planer seit bald 100 Jahren herum. Wie ist das, was wir sehen, auf

den Begriff zu bringen? Dortmund hat eine Geschichte als Hansestadt – aber prägt das Hansestädtische den Charakter von Dortmund? Essen als frühmittelalterliches Stift – aber ist Essen deshalb eine europäische Stadt mit einer eindeutigen Mitte, oder doch eher „Essen die Einkaufsstadt“, wie der Reisende, der am Hauptbahnhof ankommt, seit den 30er Jahren in Leuchtschrift lesen kann?

Ruhrkohlenbezirk, Revier, Kohlenpott, Ruhrgebiet, Ballungsgebiet, Region und seit gut zehn Jahren „Metropolregion Ruhr“, immer wieder wechselnde Begriffshülsen, seit der Zeit des stärksten Städtewachstums zwischen 1871 und 1914. Ist das nicht symptomatisch für das schwankende Selbstbewusstsein von Kommunalpolitikern und Planern in dieser Region?

Es fällt noch relativ leicht zu charakterisieren, wie das Ruhrgebiet geworden ist, was es ist: Die Geologie des produktiven Oberkarbon, die Durchstoßung der Mergeldecke, der Bau der Köln-Mindener Bahn, der Rhein-Herne-Kanal, die Nordwanderung, das sind die Stichworte. Aber viel schwerer ist zu charakterisieren, was das Ruhrgebiet ist. Zumindest jenseits der Kreise von Raumplanern und Kommunalpolitikern. Paris ist auf den ersten Blick und für jeden erkennbar eine Metropole, Mexiko Stadt ist eine Megacity. Aber das Ruhrgebiet?

Das Ruhrgebiet ist anders. Am ehesten ließ und lässt es sich fassen in Polaritäten, im Sowohl-als-Auch, im Ungleichzeitigen. In Fotos, die die grasende Kuh vor Hochöfen oder Zechen zeigen. Und das bis heute.



Foto: Lippek, 1955

Vor 85 Jahren schrieb Erik Reger: „Eine chaotische Landschaft, in der sich Mietskasernen, Schornsteine, Sportplätze, Zechentürme, Parkanlagen, Aschenhalden, Villen in Barockmanufaktur, Gartenlokale, Hochöfen, burgenartige Fabrikfassaden und Kolonien im Schwarzwälder Puppenstil durcheinander schieben... dazu das barbarische Konglomerat der Einwohner.“ Aus seiner Feder war das eine Liebeserklärung.

15 Jahre später, im Jahre 1949, sprach Peter von Zahn, der zu seiner Zeit bekannteste Radioreporter im Nachkriegs-

deutschland (dessen Texte zeitweise in unseren Lesebüchern standen): „Siedlungen, die wie grauer Aussatz die Erde bedecken, nachdem sie erst Wald und Ackerland verschluckt haben... ein wandernder Ameisenhaufen, der sich Kraft, Stoff, Macht und Wärme der Erde saugt“.

Das war keine Liebeserklärung, eher eine Ansammlung bössartiger Metaphern, aber eine Außensicht, die das Image des Ruhrgebiets lange prägen sollte.

Das Ruhrgebiet ist anders, ganz anders. Aber was ist die Mitte der Metropolregion Ruhr? Oder wodurch zeichnen sich Zentren im Ruhrgebiet aus? Gibt es im Sinne der Definition der europäischen Stadt eine allgemein anerkannte, identitätsstiftende symbolische Mitte?

Es gab eine sehr wichtige Phase in der Geschichte des Ruhrgebiets, da war die städtische Mitte relativ unwichtig. Identitätsstiftend waren der Förderturm, das Werkstor. Diese Zeit ist endgültig vorbei.

Parallelgesellschaften sind heute Realität, das Ruhrgebiet ist weit entfernt von einer gemeinsamen Mitte. Auch die städtischen Zentren von Dortmund, Bochum und Essen sind wohl am ehesten die Zentren, mit denen sich die Mittelschicht identifiziert. Aber die verschiedenen Migrantenkulturen der Türken, der Russlanddeutschen, der Araber haben andere räumliche Ankerpunkte. Es käme nun darauf an, mit dieser Realität multipler Kulturen und Identitäten konstruktiv umzugehen, die Region als ein sehr hybrides Gebilde unterschiedlicher Kulturen und Raumwahrnehmungen ernst zu nehmen. Eine Region, in der es zum Beispiel Dörfer in der Stadt geben darf, mit eher dörflichen Lebensformen. Und vielleicht ist das Nicht-Großstädtische des Ruhrgebiets auch eine Chance in dieser Zeit, in der Planer und Kommunalpolitiker vor der Herausforderung eines umfassenden ökologischen Umbaus unserer gesamten Siedlungsstruktur stehen.

Einhart Schmidt-Kallert, Jg. 1949, Raumplaner mit Erfahrungen in vielen Ländern, war Hochschullehrer in Dortmund und lebt in Essen.

Links zu Palästina

diAk e.V. – Israel.Palästina.Deutschland zusammen denken ...
<https://diak.org>

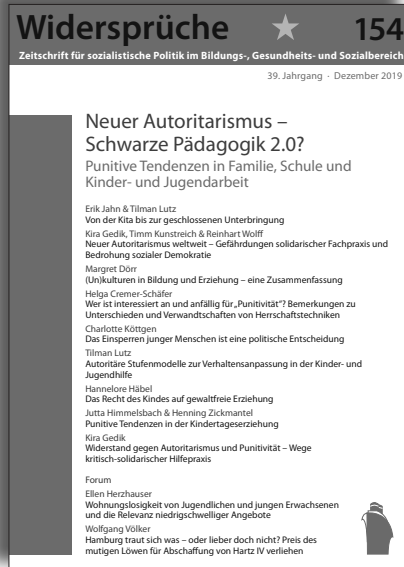
Israelische Persönlichkeiten zu einer UN-Liste der Firmen, die in den von Israel besetzten Gebieten völkerrechtswidrig Geschäfte machen:
<https://www.fr.de/meinung/siedlungsbau-sabotiert-frieden-13542431.html>

Ofri Ilany, israelischer Historiker und Kulturkritiker, in seiner wöchentlichen Haaretz-Kolumne über die ‚Antideutschen‘ in Deutschland:
<https://diefreiheitsliebe.de/politik/die-pro-israelische-linke-in-deutschland-hat-ein-neues-ziel-gefunden-juden/>

Mariam Puvogel bei medico international:
<https://www.medico.de/blog/annexion-oder-schlechter-status-quo-17604/>

Rolf Verleger, Offener Brief an Kanzlerin und Außenminister wg. der Zuständigkeits-Verweigerung Deutschlands gegenüber dem ICC (Int. Gerichtshof für Menschenrechte) im Bereich der von Israel besetzten palästinensischen Gebiete:
<https://hinter-den-schlagzeilen.de/falsche-schlussfolgerung-aus-den-verbrechen-der-nazis>

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

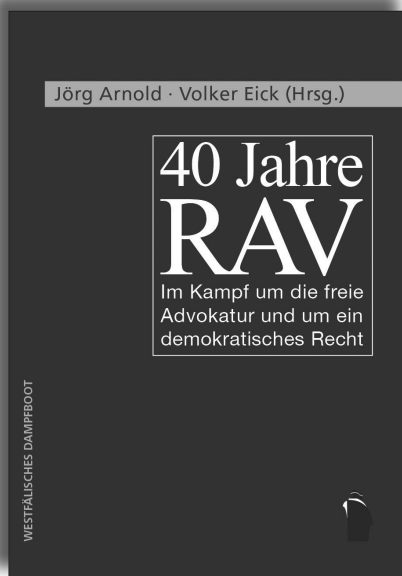


Widersprüche 154

Neuer Autoritarismus –
Schwarze Pädagogik 2.0?

Punitiv Tendenzen in Familie, Schule und
Kinder- und Jugendarbeit

2019 – 148 Seiten – 15,00 €
 ISBN 978-3-89691-024-0



Volker Eick / Jörg Arnold (Hrsg.)

40 Jahre RAV

Im Kampf um die freie Advokatur und um
ein demokratisches Recht

2019 – 422 Seiten – 35,00 €
 ISBN 978-3-89691-264-0

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE

Moshe Zuckermann in einem von Tilo Gräser geführten Interview am 27.01.2020 (Auszug)

„Für mich ist jeder Tag ein Holocaust-Gedenktag“

Professor Zuckermann, was bedeutet für Sie als Sohn von Überlebenden des KZ Auschwitz dieser Tag, der an die Befreiung des KZ 1945 durch die Rote Armee erinnert? Wie haben Sie das als Kind erfahren, was Ihre Eltern erleben und erleiden mussten?

Für mich ist jeder Tag ein Holocaust-Gedenktag. Mit kollektiven Gedenktagen kann ich nicht sehr viel anfangen, schon gar nicht, wenn sie für fremdbestimmte Zwecke vereinnahmt werden. – Die große Leistung der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg verbindet sich für mich nicht unbedingt mit der Befreiung von Auschwitz. Dass aber diese ungeheure Leistung im Westen immer weniger Würdigung erfährt und die Erinnerung an sie verblasst, ist für mich ein Zeichen dafür, wie selbst dieses geschichtsträchtige Moment inzwischen ideologisiert worden ist. – Erfahren habe ich vom Shoah-Schicksal meiner Eltern von ihnen selbst. Im Gegensatz zu vielen Familien von Überlebenden wurde bei uns zuhause darüber geredet.

Wo sehen Sie die deutsche historische Verantwortung heute angesichts dieses monströsen Verbrechens?

Die deutsche Verantwortung hat einen eher symbolischen Wert für mich. Deutschland sollte führend sein in der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und allen Formen menschlicher Repression. Den materiellen Tauschwert dieser Verantwortung hat man allerdings schon sehr früh zweckrational ausgehandelt, in den sogenannten „Wiedergutmachungsabkommen“ von 1952. Wenn sich aber aus dieser Form der Verantwortung lediglich ein Bekenntnis zu Israel ableitet, und Israel das ist, was es mittlerweile geworden ist, dann scheint es mir mit der „deutschen Verantwortung“ in dem Sinne, wie ich sie sehe, nicht sehr weit her zu sein.

Gegenwärtig und auch zu diesem Anlass wird vor dem Wiederaufkommen des Antisemitismus hierzulande gewarnt. Wie schätzen Sie diesen heute ein, auch angesichts Ihrer Kritik an jenen, die andere des Antisemitismus beschuldigen, was selbst Sie getroffen hat?

Einen Bodensatz des Antisemitismus hat es in Deutschland immer gegeben. Deshalb gibt es kein „Wiederaufkommen“ des Antisemitismus in Deutschland, sondern lediglich eine Durchbrechung seines Tabus. Das Hauptproblem liegt für mich darin, dass die fremdbestimmte Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs in Deutschland mittlerweile solche Ausmaße und Formen angenommen hat, dass selbst Leute wie ich des Antisemitismus bezichtigt werden. Das hängt damit zusammen, dass man in Deutschland sehr selten fähig ist, Judentum, Zionismus und Israel auseinanderzuhalten. Aber auch damit, dass der Antisemitismus-Begriff selbst im deutschen Diskurs total erodiert und verhunzt worden ist.

Sie waren früher Anhänger des Zionismus und sind heute Kritiker der israelischen Politik. Warum kritisieren Sie die Politik des Landes, das sich auch auf die Überlebenden der Vernichtung der europäischen Juden beruft?

Weil dieses Land sich dieser Berufung auf die Überlebenden lediglich ideologisch, also als verlogenes Lippenbekennt-

nis und perfides Scheinargument, bedient. Weder hat man sich je um das Schicksal der Überlebenden in Israel wirklich gekümmert – viele von ihnen leben heute noch in Armut – noch hat man die moralischen Schlussfolgerungen aus der Katastrophe je wirklich gezogen. Die Politik dieses Landes – vielleicht von Anbeginn, aber auf jeden Fall seit 1967 – war den Palästinensern gegenüber repressiv, gewaltdurchwirkt und barbarisch. Wie soll man eine solche Politik, wenn man sich einer humanistisch-linken Gesinnung verpflichtet weiß, nicht kritisieren? Zu fragen ist vielmehr, wieso so wenige Juden diese Politik kritisieren und ob die Unterlassung dieser Kritik nicht gerade eine Dimension des Verrats an den historischen Opfern in sich birgt.

Am Freitag hat die Auschwitz-Überlebende Rachel Oschitzki (Jahrgang 1928) in Berlin Deutschland gelobt, weil es viel aus der Geschichte gelernt habe und Israel unterstütze. Sie beklagte auch, über Israel werde zu kritisch und nur das Negative berichtet, aus ihrer Sicht wegen arabisch bezahlter Propaganda und deutsch-arabischen Wirtschaftsinteressen. Gleichzeitig warf sie den Arabern Antisemitismus vor und sagte unter anderem, die Palästinenser könnten in 22 arabischen Ländern leben, wo auch Juden vertrieben worden seien. Würden sie dorthin umsiedeln, könnte das gegenwärtige „schreckliche Leid“ der Palästinenser in Israel bzw. Gaza und Westjordanland beendet werden. Die verfolgten Juden hätten dagegen nur das eine Land, Israel. Sie hob zugleich den jüdischen Humanismus hervor.

Es ist nicht neu, dass Holocaust-Überlebende selbst einer barbarischen Ideologie anhängen mögen. Geschlagene Kinder können sich selbst zu schlagenden Eltern entwickeln. Frau Oschitzki hat keinem anderen Juden etwas voraus, weil sie Shoah-Überlebende ist. Überlebender-Sein ist eine Lebenstragödie, kein einsetzbares Kapital. – Eines kann sie sich gleich abschminken: Wenn sie den Palästinensern anrät, aus Palästina abzuziehen, dann soll sie gefälligst von jüdischem Humanismus schweigen. – Worin ist ihr Gerede besser als das von jüdisch-israelischen Faschisten? Was aus ihrem Munde tönt, ist eine allseits bekannte propagandistische Ideologie der israelischen Rechten, nichts anderes als die Apologie der an den Palästinensern verübten israelischen Verbrechen. Dass dabei Frau Oschitzki ihren Frieden mit Deutschland geschlossen hat, nicht so sehr aber mit den Palästinensern, mit denen es den Frieden zu schließen gilt, wenn es um die Zukunft des Staates Israel geht, zeigt nur, wie schlimm es um die Aufarbeitung der Vergangenheit auch unter Juden oft aussieht. Dass dabei eine Shoah-Überlebende zu Wort kommt, markiert nicht zuletzt die Grenzen des Holocaust-Diskurses im heutigen Deutschland.

Moshe Zuckermann, u.a. Soziologe, Professor für Geschichte und Philosophie, wiss. Autor, politischer Journalist und Publizist. Ungekürzter Text: <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20190127323718773-philosoph-zu-holocaust/>

Lesetipps und Links zu Palästina: S. 20 und 22